

UCSF

Postprints from the CTCRE

Title

German tobacco industry's successful efforts to maintain scientific and political respectability to prevent regulation of secondhand smoke.

Permalink

<https://escholarship.org/uc/item/5ft7x3m2>

Journal

Tobacco control, 15(2)

ISSN

1468-3318

Authors

Bornhäuser, A
McCarthy, J
Glantz, S A

Publication Date

2006-04-01

Peer reviewed

**Wie die Tabakindustrie in Deutschland durch die Erhaltung wissenschaftlicher
sowie politischer Respektabilität Rechtsvorschriften zum Schutz vor
Passivrauchen verhinderte**

Annette Bornhäuser

Deutsches Krebsforschungszentrum

Heidelberg, Germany

Jennifer McCarthy

Stanton A. Glantz

Center for Tobacco Control Research & Education

Universität Californien, San Francisco

Originally published in English as “German tobacco industry’s successful efforts to maintain scientific and political respectability to prevent regulation of secondhand smoke”, *Tobacco Control* 2006;15:e1; doi:10.1136/tc.2005.012336

Zusammenfassung

Zielsetzung: Die Untersuchung der Taktiken, welche die Tabakindustrie in Deutschland eingesetzt hat, um Gesetzgebung bezüglich Passivrauchen zu vermeiden und die Akzeptanz des Rauchens in der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten.

Methoden: Systematische Durchsichtung von im Internet zugänglichen Tabakindustriedokumenten im Zeitraum von Juni 2003 bis August 2004.

Ergebnisse: Im damaligen West-Deutschland hatten Politiker bereits Mitte der 1970er Jahre Kenntnisse über die Tatsache, dass Nichtraucher durch Passivrauchen gefährdet werden. Da Deutschland im Umweltschutz international eine Führungsrolle einnimmt, hätte man davon ausgehen können, dass es auch bezüglich des Schutzes seiner Bürger vor der Verschmutzung durch Passivrauchen führend gewesen wäre. Indes haben die Tabakhersteller in Deutschland, vertreten durch den Branchenverband, den Verband der Cigarettenindustrie (VdC), die frühzeitig stattgefundenen Auseinandersetzungen über die Gefahren des Passivrauchens in Schach gehalten und neutralisiert. Dieser Erfolg wurde durch eine sorgfältig geplante Kollaboration mit ausgewählten Wissenschaftlern, Medizinern und Entscheidungsträgern erzielt, die einherging mit einem ausgeklügelten PR-Programm.

Schlussfolgerungen: Die Strategien der Tabakindustrie waren weitgehend erfolgreich im Hinblick auf die Verhinderung von Rechtsvorschriften bezüglich des Passivrauchens in Deutschland. Entscheidungsträger, Mediziner, die Medien und die allgemeine Öffentlichkeit sollten von diesen Verstrickungen der Tabakindustrie Kenntnis haben, und sie sollten angemessene Maßnahmen ergreifen, um die Diskrepanz zwischen dem, was über die gesundheitlichen Auswirkungen des Passivrauchens bekannt ist, und dem, was diesbezüglich getan wird, zu schließen.

Erweiterung durch diese Veröffentlichung

Deutschland ist bezüglich der Einführung von Maßnahmen zur Tabakkontrolle weit hinter den meisten entwickelten Ländern zurückgeblieben und hat bei internationalen Verhandlungen häufig die Position der Tabakindustrie unterstützt. In Deutschland gibt es bis heute keine weit verbreiteten Beschränkungen des Rauchens in der Öffentlichkeit oder am Arbeitsplatz.

Vertreten durch den Verband der Cigarettenindustrie hat die Tabakindustrie in Deutschland die Diskussion über das Passivrauchen, die hierzulande bereits früh statt gefunden hatte, in Schach gehalten und durch eine außergewöhnlich erfolgreiche Kollaboration mit ausgewählten Wissenschaftlern, Medizinerinnen und Entscheidungsträgern neutralisiert. Diese Kollaboration ging einher mit einem ausgeklügelten PR-Programm, welches von den im Gesundheitsbereich tätigen Befürwortern von Tabakkontrollmaßnahmen nicht wirksam angefochten wurde. Infolge dessen ist Deutschland eines der wenigen bedeutenden Länder, in denen die Tabakindustrie auf den öffentlichen Diskurs noch immer eine als vollkommen rechtmäßig wahrgenommene Macht ausübt.

EINLEITUNG

Das Passivrauchen stellt für die Tabakindustrie ein ernsthaftes Problem dar, da die Nachfrage nach einem Gesetz zur Schaffung rauchfreier Innenraumluft mit dem Anwachsen des öffentlichen Bewusstseins über die schädlichen Gesundheitsfolgen des Passivrauchens zunimmt. Die entsprechenden Gesetze leisten einen bedeutenden Beitrag zur Verringerung des Rauchens und entsprechend zur Abnahme der Einkünfte seitens der Tabakindustrie (1), (2). Im damaligen West-Deutschland hatten Politiker bereits Mitte der 1970er Jahre Kenntnisse über die Tatsache, dass Passivrauchen Nichtraucher gefährdet. Darüber hinaus haben in Deutschland durchgeführte Meinungsumfragen durchwegs nachgewiesen, dass eine breite Unterstützung für von der Regierung erlassene Beschränkungen des Rauchens existiert. Man hätte folglich davon ausgehen können, dass Deutschland als im Umweltschutz international führende Nation, die hinsichtlich

sauberer Umwelt geschichtlich gesehen überzeugende Wissenschaft sowie starken Rückhalt seitens der Öffentlichkeit vorweisen kann, beim Schutz seiner Bürger gegen die durch Passivrauch verursachte Luftverschmutzung führend gewesen wäre. Stattdessen wurden diejenigen Forschungsergebnisse, welche die schädlichen gesundheitlichen Auswirkungen des Rauchens erhärteten, von der Tabakindustrie in Deutschland erfolgreich verzerrt (3), und die Bundesregierung hat geschichtlich betrachtet die Interessen der Tabakindustrie abgesichert (4). Diese Diskrepanz zwischen dem öffentlichen Interesse und den entsprechenden Rechtsvorschriften bedeutet einen Sieg für die Tabakindustrie. Im Jahr 2005 [diese Aussage hat zum Zeitpunkt der Übersetzung: Ende 2006, noch Gültigkeit] gab es keine allgemeingültige Gesetzgebung, durch die öffentlich zugängliche Einrichtungen beziehungsweise Arbeitsplätze rauchfrei gemacht wurden, und die Durchführung nomineller Kontrollen, die nur in seltenen Fällen durchgesetzt werden, wird Einzelpersonen beziehungsweise einzelnen Einrichtungen überlassen.

In Deutschland kam das Thema Passivrauchen weit früher als in den USA auf (allerdings wurden in den USA in der Folge mehr Fortschritte gemacht bezüglich rauchfreier Arbeitsplätze, rauchfreier öffentlicher Einrichtungen sowie rauchfreier Privathaushalte). Der Begriff „Nebenstrom“ war im Jahr 1909 in Deutschland geprägt worden (5), und die Hypothese, dass das Passivrauchen die menschliche Gesundheit schädigt, war in den späten 1920er Jahren erstmals durch den Deutschen Mediziner Fritz Lickint geäußert worden (1), (6). Dennoch ist die Tabakindustrie bis zum heutigen Tage noch immer dabei erfolgreich, die Umsetzung von Forschungsergebnissen in wirksame Gesundheitspolitik zu verhindern.

Im Jahr 1968 schrieben zwei Vertreter eines deutschen Zigarettenherstellers einen Brief mit dem Betreff „Gefahr für Nichtraucher“ (7) an Frank Colby, der in den USA für den Zigarettenhersteller Reynolds Tobacco (RJR) tätig war (und später dort stellvertretender Direktor für Forschungsfragen wurde). Der Grund für dieses Schreiben war die mögliche Aufnahme des

Nikotins in die MAK-Liste, die jährlich von der Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe (MAK-Kommission) herausgegeben bzw. aktualisiert wird, und welche die wissenschaftliche Grundlage bildet für den Schutz vor schädlichen Substanzen am Arbeitsplatz. Die Aufgabe der Senatskommission besteht in der wissenschaftlichen Politikberatung. Die Vorschläge für die MAK-Werte werden in der jährlichen MAK-Werte-Liste veröffentlicht und an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit übergeben. Im Anschluss daran prüft der Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) die Vorschläge und empfiehlt in der Regel ihre Übernahme in die Gefahrstoff-Verordnung.

Die MAK-Kommission beschäftigte sich in ihrer Sitzung vom 10. Oktober 1969 aufgrund einer Anfrage seitens des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung mit dem Rauchen am Arbeitsplatz und empfahl, das Rauchen am Arbeitsplatz einzuschränken (8), (9). Trotz dieser frühen Erkenntnisse und Bedenken bezüglich des Passivrauchens ist es der Tabakindustrie in Deutschland mithilfe einer sorgfältig geplanten Kollaboration mit ausgewählten Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern sowie einem ausgeklügelten PR-Programm über die Jahrzehnte erfolgreich gelungen, tabakbezogene Rechtsvorschriften zu verhindern. In Deutschland wird die Tabakindustrie von dem Branchenverband VdC vertreten (Verband der Cigarettenindustrie, kurz Verband) (10), (11). Der Verband wurde im Jahr 1948 gegründet und 1954 umstrukturiert. Damals vertrat er 10 Firmen, heute sind 7 nationale und multinationale Unternehmen Mitglied. Die Umstrukturierung im Jahr 1954 fand im gleichen Jahr statt, in dem die US-amerikanischen Tabakhersteller das so genannte „Tobacco Institute“ gründeten, das ihre politischen Interessen vertreten sollte, sowie das so genannte „Tobacco Industry Research Committee“, das später in „Council for Tobacco Research“ (kurz CTR) umbenannt wurde. Letzteres sollte Einfluss auf die wissenschaftliche Gemeinschaft nehmen sowie die zu PR-Zwecken gemachte Behauptung belegen, dass sich die Tabakindustrie mit der „Kontroverse um Rauchen und Gesundheit“ befasste (12). In Deutschland wurden beiden Funktionen, die

politische sowie die wissenschaftliche, von einer Organisation abgewickelt, dem Verband der Cigarettenindustrie.

Die sowohl von der MAK-Kommission als auch von der Bundesregierung zu Anfang der 1970er Jahre gemachten Vorschläge (s.u.) versetzten den Verband bezüglich der Bedrohung, die das Thema Passivrauchen für sie bedeuten würde, in Alarmbereitschaft, noch bevor die multinationalen Konzerne sich dem Thema ernsthaft zuwandten. In der Einsicht, dass das Passivrauchen für ihre Lebensfähigkeit *das* entscheidende Problem darstellt, handelte die Tabakindustrie in Deutschland unverzüglich, bereits lang vor der Bundesregierung sowie den wichtigsten deutschen Gesundheitsorganisationen und -verbänden. Dies führte dazu, dass die Tabakindustrie Regierungshandeln zum Schutz der Bundesbürger vor den giftigen Chemikalien des Passivrauchs erfolgreich verhinderte. In der Tat hat bis zum Jahr 2005 (sowie zum Zeitpunkt der Übersetzung Ende 2006) keine der großen deutschen Gesundheitsorganisationen und -verbände das Passivrauchen fortgesetzt zu einem ihrer Hauptthemen gemacht.

METHODEN

Zwischen Juni 2003 und Oktober 2004 recherchierten wir in den folgenden internetbasierten Datenbanken, in die als Resultat von Gerichtsverfahren in den USA vormals geheime Tabakindustriedokumente eingestellt worden sind: 1) die UCSF Legacy Tobacco Library: www.legacy.library.ucsf.edu, 2) eine von Philip Morris bereitgestellte Webseite <http://www.pmdocs.org>, 3) Datenbank, in die ausschließlich Dokumente des Zigarettenherstellers British American Tobacco eingestellt wurden: www.bat.library.ucsf.edu sowie 4) Tobacco Documents Online: www.tobaccodocumentsonline.org. Anfängliche Suchbegriffe umfassten die Begriffe „German*“, „Secondhand smoke“, „ETS“ (environmental tobacco smoke, ein von der Tabakindustrie geprägter Begriff für Passivrauchen) sowie den jeweiligen deutschsprachigen Begriff, einschließlich von möglichen Rechtsschreibfehlern. Bei den weiteren Recherchen wurde auf Namen von Organisationen und Einzelpersonen

zurückgegriffen, wie z.B. „Verband (der Cigarettenindustrie)“ und „VdC“ (Abkürzung für den Verband), „Bundestag“ oder „DEHOGA“. In einem weiteren Schritt wurden die Organisationen, Institutionen und Namen von Einzelpersonen einer detaillierten Recherche unterworfen, die in den anfänglichen Recherchen identifiziert werden konnten. Wir verwendeten allgemein anerkannte und standardmäßig angewandte Suchstrategien, um zuverlässige Daten zu erhalten. Zur Analyse der erfassten Daten wurde die für Dokumentenrecherche typischerweise angewandte Fallmethodologie angewendet einschließlich der Triangulation der Befunde (13).

Als Sekundärquellen wurden Medienberichte herangezogen (Zeitung sowie Zeitschriften) sowie wissenschaftliche Veröffentlichungen, Berichte von Regierungsbehörden, Berichte über Umfragen, die in dieser Veröffentlichung erörtert werden, sowie private Archive, die den Autoren zugänglich gemacht wurden. Eine der Autoren (AB) führte drei Interviews durch. Es wurden zwei Personen befragt, die während der Zeit, über die in der vorliegenden Publikation berichtet wird, im öffentlichen Dienst in Positionen tätig waren, die mit dem Thema Passivrauchen befasst waren (Rudolf Neidert, bis in die 1990er Jahre am Bundesministerium für Gesundheit tätig, und Burkhard Junge, tätig am ehemaligen Bundesgesundheitsamt) sowie Ernst-Günther Krause, der Vize-Präsident der Nichtraucherinitiative Deutschlands, der seit 1980 in dem Bereich aktiv tätig ist. Einzelheiten aus diesen Interviews dienten dazu, zusätzliche Kontextinformationen über die aus den Tabakindustriedokumenten bereits identifizierten Aktivitäten der Tabakindustrie zu erhalten sowie dazu, Themen, Ereignisse sowie Materialien zu identifizieren, die in den Tabakindustriedokumenten nicht vorkommen. Die Interviews mit den genannten Informanten wurden gemäß eines von der Kommission für Probanden (Committee on Human Subjects) der Universität von Kalifornien in San Francisco (UCSF) genehmigten Protokolls durchgeführt. Zitate aus den in Englisch vorliegenden Dokumenten wurden von einer der Autoren (AB) wortwörtlich übersetzt.

ERGEBNISSE

Im nachfolgenden Text werden die Ergebnisse thematisch geordnet präsentiert, **Tabelle 1** bietet eine Übersicht der Schlüsselereignisse bzw. –themen im Zeitverlauf. Sofern sie vor der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 liegen, beziehen sich alle Ereignisse sowie Nennungen von Regierungseinrichtungen, Zigarettenfirmen, weitere Einrichtungen sowie Umfragedaten auf West-Deutschland.

PASSIVRAUCHEN WIRD IN DEUTSCHLAND ZUM THEMA

Abgesehen von der MAK-Kommission stammt der erste Hinweis darauf, dass die Schädlichkeit des Passivrauchens bei Mitgliedern des Bundestages sowie bei der Bundesregierung auf Besorgnis traf, aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage vom 13. Dezember 1973, die im Zuge der Debatte über eine Revision des Deutschen Lebensmittelrechtes an die Bundesregierung gestellt wurde (14). In der Antwort der Bundesregierung vom Mai 1974 wurde der Nichtrauchererschutz als vordringliche Angelegenheit bewertet:

... Schließlich gibt es berechtigte Forderungen nach einem umfassenden Nichtrauchererschutz, weil mit hinreichender Sicherheit angenommen werden muß, daß die für den Raucher nachgewiesenen gesundheitlichen Schädigungen in abgeschwächter Form, jedoch grundsätzlich gleich, auch durch „Passivrauchen“ eintreten können. ... Obwohl bisher nur ungenügende Daten über die tatsächliche Gefährdung durch „Passivrauchen“ vorliegen, muß als Analogieschluß zugelassen werden, daß es diese Gefährdung tatsächlich gibt. Die Bundesregierung braucht hier nicht von einem abstrakten Gefährdungsbegriff auszugehen, die konkrete Gefährdung kann als gegeben angenommen werden. Es wäre unverantwortlich, wenn so lange gewartet würde, bis tatsächlich eine „Strecke“ an Kranken, Erwerbsunfähigen und Toten vorgewiesen werden kann, die dem „Passivrauchen“ zum Opfer gefallen sind. (15)

Aus Sicht der 1970er Jahre ist dies eine sehr fortschrittliche Aussage. Im Juni 1974 wurde der Bundestag vom Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit dazu aufgefordert, die Verabschiedung des revidierten Lebensmittelgesetzes als Anlass zu nehmen, den Schutz von Nichtrauchern vor Passivrauchen anzugehen. Daraufhin verabschiedete der Bundestag einen

Antrag, in dem die Bundesregierung dazu aufgerufen wurde, ein umfassendes Programm zum Schutz der Belange der Nichtraucher in verschiedenen Lebenslagen vorzubereiten (16).

Anfang 1975 wurde von einigen Abgeordneten eine weitere Kleine Anfrage über die Folgen des Zigarettenrauchens an die Bundesregierung gestellt. Unter Bezugnahme auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage von 1974 (9) stellten die Abgeordneten unter anderem Fragen über die Folgen des Rauchens in der Schwangerschaft, über die kindliche Exposition gegenüber Tabakrauch durch elterliches Rauchen sowie einige Fragen über die Verbesserung des Nichtraucherschutzes. Die Bundesregierung antwortete (17), dass das Rauchen während der Schwangerschaft zweifelsohne für das Ungeborene schädlich ist, und dass Kinder, die dem elterlichen Tabakrauch ausgesetzt sind, doppelt so häufig wie Kinder von Nichtrauchern an Krankheiten des Atemtraktes erkranken. Die Antwort bekräftigte die bereits geäußerte Auffassung (9) weiter, dass Nichtraucher einer zusätzlichen umweltbedingten Belastung ausgesetzt sind, die ihrerseits Präventivmaßnahmen rechtfertigt, und verwies auf das bevorstehende Nichtraucherschutzprogramm. Die Bundesregierung unterließ es jedoch, ihren Worten entsprechende Taten folgen zu lassen; erst im Jahr 1978 wurde ein Nichtraucherschutzprogramm herausgegeben (18).

Der Nichtraucherschutz war von den 1970er Jahren an das zentrale Thema des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit (ÄARG), der zugleich derzeit die einzige in diesem Bereich tätige Nichtregierungsorganisation (NRO) war. Im Jahr 1971 von dem damaligen Leiter der Forschungsstelle für Präventive Onkologie der Universität Heidelberg in Mannheim Ferdinand Schmidt gegründet, forderte der ÄARG in seinem Programm gegen das Rauchen aus dem Jahr 1972 (19) einen gesetzlich festgelegten Nichtraucherschutz und veranstaltete im Jahr 1974 den ersten deutschen Nichtraucher-Kongress. Der ÄARG übernahm den Rechtsschutz für Nichtraucher, die vor Gericht gingen, unternahm den Versuch, Verbindungen zwischen der Tabakindustrie und den Wissenschaften sowie der Politik zu enthüllen, brachte sowohl an ein

Fachpublikum gerichtete Veröffentlichungen als auch Publikationen für Laien über die Gesundheitsrisiken des Passivrauchens heraus und forderte die Bundesregierung auf, ein Notstandsprogramm gegen den Zigarettentod aufzulegen (20), (21). Die Tabakindustrie reagierte hierauf, indem sie die Arbeit von Ferdinand Schmidt über ihre Vertreter oder auch in medizinischen Fachblättern öffentlich als seltsam darstellten (22). Diese seitens der Tabakindustrie initiierten Angriffe setzten sich bis in die 1990er Jahre fort und marginalisierten Schmidt erfolgreich in den Augen der Regierungs- und Gesundheitsbehörden.

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*			
Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
1909	Begriff „Nebenstrom“ wird in Deutschland geprägt.		
1929	Fritz Lickint publiziert als erster statistisch belegte Beweise für den Zusammenhang zwischen Tabak und Lungenkrebs.		
1948		Gründung des Verbandes der Zigarettenindustrie.	
1954		Verband der Zigarettenindustrie wird umstrukturiert.	
1968-1969	MAK-Kommission berät auf Anfrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung über Aufnahme von Nikotin in MAK-Liste. MAK-Kommission empfiehlt Einschränkung des Rauchens am Arbeitsplatz.	Vertreter deutscher Zigarettenfirmen korrespondieren mit Frank Colby (angestellt beim dem Zigarettenhersteller RJR) bezüglich Passivrauchen und einer drohenden Aufnahme von Nikotin in die MAK-Liste.	
1971	Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit (gegründet durch Prof. Ferdinand Schmidt, Leiter der Forschungsstelle für Präventive Onkologie der Universität Heidelberg in Mannheim) fordert einen gesetzlich basierten Nichtraucherenschutz.		
1973-1974	Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit	Tabakindustrie hängt Schmidt und seinen (Forschungs-	Erste Anzeichen für Besorgnis seitens der Bundespolitik bzgl.

* Ausschließlich bezogen auf Ereignisse, Organisationen bzw. Personen, auf die in dieser Publikation eingegangen wird

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*

Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
	führt den ersten deutschen Nichtraucher-Kongress durch.)Tätigkeiten über Dritte und medizinische Fachzeitschriften an, sonderlich zu sein; diese Attacken werden bis in die 1990er Jahre fortgesetzt.	Passivrauchen; Schutz vor Passivrauchen wird während der Debatte über Revision des deutschen Lebensmittelgesetzes als dringlich bezeichnet. Der Bundestag verabschiedet Antrag, der besagt, dass Bundesregierung umfassendes Programm zum Schutz der Nichtraucher vorbereiten soll, jedoch folgen keine bedeutsamen Aktivitäten.
1975		Verband veröffentlicht eine Broschüre über Passivrauchen (Auflage 1,3 Millionen), die dazu dienen soll zu „belegen“, dass Passivrauchen für Nichtraucher keine Gefährdung bedeutet.	In NRW wird Runderlass herausgegeben, um Nichtraucher im Öffentlichen Dienst vor Tabakrauch zu schützen. Jedoch liegt die Verpflichtung zur Einforderung rauchfreier Luft bei den Nichtrauchern.
1976		Verband bringt regelmäßig tabakfreundliche Broschüren über Rauchen und Gesundheit sowie Passivrauchen in Umlauf.	
1977-1978		<p>Tabakindustrie arrangiert, dass die gesundheitlichen Konsequenzen des Passivrauchens bei einer wissenschaftlichen Konferenz in München diskutiert werden, bei der gefolgert wird, dass Passivrauchen nicht schädlich und keine Gesetzgebung erforderlich ist.</p> <p>Die PR-Aktivitäten des Verbandes erreichten hohe Auflage (über 1000 Millionen) und waren dabei erfolgreich, Politik, Medien und Wissenschaft zu erreichen.</p> <p>Ein industrieinterner Bericht mit dem Titel „Smoking and Health Report“, in dem Aktivitäten der Regierung sowie des Verbandes zusammengefasst wurden, zeigen den Erfolg der VdC-Aktivitäten zur Entschärfung der öffentlichen Diskussion über die Gefahren des Rauchens und des Passivrauchens.</p>	<p>Bundesgesundheitsministerium gibt Programm für den (gesetzlich unverbindlichen) Nichtraucherschutz heraus. Aufbauend auf den Schlussfolgerungen der tabakindustriegesponserten Konferenz ersetzt dieses Programm einen Gesetzesentwurf, der seit Mitte der 1970er Jahre in Arbeit war. Die Bundesregierung erklärt, dass sie derzeit keinen Bedarf für eine gesetzliche Regelung des Nichtraucherschutzes sieht.</p> <p>In Baden-Württemberg wird einem Plan zum Nichtraucherschutz zugestimmt, der Maßnahmen am Arbeitsplatz, in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in öffentlichen Einrichtungen vorsieht. Auf dessen Grundlage konnten Nichtraucher darauf bestehen, dass ihr Arbeitgeber schädliche Konsequenzen des Tabakrauchs vorbeugt, jedoch wurde dies nicht wirksam umgesetzt.</p>

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*

Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
1980	<p>Ein Mitglied der MAK-Kommission schlägt die Aufnahme des Passivrauchens in die MAK-Liste vor. Laut Aussage von Tabakindustrievertretern unterstützt Dietrich Henschler, Vorsitzender der MAK-Kommission und Ende der 1970er Jahre Empfänger von Forschungsmitteln seitens des Zigarettenherstellers RJR, diesen Vorstoß nicht.</p> <p>In den USA publizieren White and Froeb erstmals wissenschaftliche Belege dafür, dass Passivrauchen die Lungenfunktion gesunder Nichtraucher nachteilig beeinflusst. Diese Publikation lieferte den ersten Beweis dafür, dass Passivrauchen Erwachsenen schadet.</p>	<p>Stellvertretender Direktor für wissenschaftliche Angelegenheiten bei RJR, Frank Colby, berichtet, er habe einigermaßen verlässliche Informationen darüber, dass die Bundesregierung bereit dazu sei, die Schlussfolgerungen der Untersuchung von White und Froeb zu verwerfen.</p>	<p>Auf die Frage, ob Passivrauchen bei Nichtrauchern Lungenkrebs verursachen könne, antwortet der Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums, dass die epidemiologischen Forschungsergebnisse dies nicht belegen könnten.</p>
1981	<p>Wissenschaftliche Veröffentlichung von Hirayama zeigt, dass Passivrauchen kausal mit Lungenkrebs zusammenhängt.</p>	<p>Die Deutsche Zigarettenindustrie organisiert eine Konferenz über das Rauchen in der Öffentlichkeit aufgrund der Bekräftigung der Untersuchung von White und Froeb durch die Bundesregierung.</p> <p>In Bezug auf eine Berichterstattung im Stern veröffentlicht der Verband eine ganzseitige Anzeige in mehreren Tageszeitungen, in der die wissenschaftliche Untersuchung von Hirayama attackiert wird.</p>	<p>Berichtsentwurf einer der Abteilungen des Bundesgesundheitsministeriums stützt die Befunde der wissenschaftlichen Arbeit von White and Froeb über Passivrauchen und dessen gesundheitsschädliche Wirkung.</p>
1982		<p>Verband nimmt Karl Überlas privates Forschungsinstitut GIS für eine Studie über Passivrauchen und Lungenkrebs unter Vertrag.</p>	
1983		<p>Bei einer Versammlung nationaler Tabakbranchenverbände in Washington D.C. trägt ein Vertreter des Verbandes der Zigarettenindustrie über die Bedeutung des Passivrauchens</p>	<p>Bundesgesundheitsministerium beruft eine Arbeitsgruppe zu tabakrauchbedingten Krebsrisiken, die die Bundesregierung beraten soll; mindestens 5 der 24 berufenen Mitglieder hatten bereits für die</p>

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*			
Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
		für die Industrie vor.	Tabakindustrie gearbeitet oder Finanzmittel erhalten.
1985	MAK-Kommission kommt zu dem Ergebnis, dass Krebsrisiko durch Passivrauchen aufgrund der Vielzahl kanzerogener Stoffe anzunehmen ist, empfiehlt jedoch präventive Maßnahmen lediglich für <i>stark</i> tabakrauchverschmutzte Arbeitsplätze; Passivrauchen zwar in die MAK-Liste aufgenommen, aber nicht als Arbeitsstoff bezeichnet.	Verband der Cigarettenindustrie erwägt zunächst juristische Schritte gegen die Aufnahme des Passivrauchens in die MAK-Liste, sieht dies schließlich aber nicht als zielführend und versucht stattdessen zu erreichen, dass Passivrauchen in einen weniger auffälligen Abschnitt der MAK-Liste klassifiziert wird.	Fußend auf den fehlenden Nachweisen für die kanzerogene Wirkung des Tabakrauchs in der Begründung der MAK-Kommission bestätigt die Arbeitsgruppe „Krebsgefährdung durch Rauchen“ den Standpunkt der Bundesregierung, dass eine Änderung des Nichtraucherchutzprogramms unnötig sei.
1986	Veröffentlichung des Berichts des Leiters der obersten US-Gesundheitsbehörde (Surgeon General Report) über die gesundheitlichen Auswirkungen des Passivrauchens.		
1987-1990	Ferdinand Schmidt, Vorsitzender des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit, wirft der Bundesregierung vor, beim Nichtraucherschutz zu versagen und schreibt dies dem Widerstand der Tabakindustrie zu. Im Vergleich zur US-amerikanischen Bevölkerung hält ein größerer Anteil der deutschen Bevölkerung Passivrauchen für Gesundheitsrisiko. Knapp die Hälfte (49%) der deutschen Bevölkerung befürwortet von der Regierung erlassene Einschränkungen des Rauchens in der Öffentlichkeit.	Protokoll eines Treffens des Verbandes der Cigarettenindustrie aus dem Jahr 1990 beweist, dass weitreichendere Vorgaben aus frühen Entwürfen des Aktionsplans der Bundesregierung gestrichen wurden und stattdessen der Beitrag der Tabakindustrie zur Reduzierung des Rauchens durch Produktmodifikation Anerkennung findet. Der Verband plant eine große PR-Offensive zum Passivrauchen mit politischen Interventionen, da realisiert wird, dass das Passivrauchen weithin als Gesundheitsrisiko erkannt wird. Die deutsche Tabakindustrie bescheinigt sich, durch PR und politisches Lobbying erfolgreich positioniert zu haben.	Dokument der Bundesregierung aus dem Jahr 1987, das den Aktionsplan zur Förderung des Nichtrauchens zusammenfasst, wird über mehrere Entwürfe abgemildert und drei Jahre später ohne Medienaufwand und versehen mit schwachen Empfehlungen herausgegeben.
1991		Festes Vertrauen in die Botschaft, Tabakkontrolle sei amerikanischer Extremismus, als wirksames Argument gegen Tabakkontrolle in	

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*

Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
		<p>Europa.</p> <p>Geschäftsführender Direktor des Verbandes deutet an, dass einzig die wissenschaftliche Gemeinschaft in Deutschland sich die Frage der gesundheitlichen Risiken des Passivrauchens offen gehalten hat, obwohl die Schädigung zweifellos vorhanden ist, und dass dies dem wissenschaftlichen Direktor des Verbandes zu verdanken ist und der Zusammenarbeit der Industrie mit der Wissenschaft.</p>	
1994			<p>41 Bundestagsabgeordnete geben Gesetzentwurf für Bundesgesetz zum Nichtraucherschutz ein. Entwurf bekommt fast ausschließlich negative Presse und wird nicht angenommen, obgleich er in der Bevölkerung verbreitet Unterstützung findet.</p>
1998	<p>Nach einer durch die Tabakindustrie beeinflussten Verzögerung klassifiziert die MAK-Kommission Passivrauchen in Kategorie A1, in der sich Substanzen finden, die nachgewiesenermaßen beim Menschen Krebs auslösen und von denen erwartet werden kann, dass sie wesentlich zum Krebsrisiko beitragen.</p> <p>Die Nichtraucher-Initiative Deutschland berichtet, dass die Burke AG, das Unternehmen, welches die Umfrage durchgeführte, die gezeigt hatte, dass über dreiviertel aller Deutschen kein neues Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen wünschten, enge Verbindungen zum Institut der Deutschen Wirtschaft pflegt, das wiederum eine Untersuchung herausgegeben hatte, die behauptet, dass der</p>	<p>Tabakindustrievertreter äußert Ansicht, dass durch die Unterbreitung neuer Daten seitens des VdC sowie durch den Einfluss Adlkofer die abschließende Beratung der MAK-Kommission über eine Neuklassifizierung des Passivrauchens von Januar auf Juni 1998 verschoben wurde.</p> <p>In einer führenden deutschen Tageszeitung werden weniger als einen Monat vor der Schlussabstimmung des Bundestages über das Nichtraucherschutzgesetz die Ergebnisse einer Studie veröffentlicht, die von der Zigarettenindustrie in Auftrag gegeben worden war und die nahe legten, dass sich die Kosten eines Gesetzes zum Schutz vor Tabakrauch auf 33 Mrd. DM belaufen würden.</p> <p>Eine Untersuchung wird veröffentlicht, die aussagt,</p>	<p>In der Schlussabstimmung wird der Gesetzesvorschlag am 5. Februar 1998 abgelehnt. Diese Abstimmung findet vor der Schlussberatung der MAK-Kommission statt.</p>

Tabelle 1: Schlüsselereignisse und Personen im Zusammenhang mit Passivrauchen in Deutschland*			
Jahr	Wissenschaft	Tabakindustrie	Politik/Regierung
	Gesetzentwurf der Wirtschaft schaden würde. Die Nichtraucher-Initiative Deutschland weist zudem darauf hin, dass die Ergebnisse dieser Umfrage in vollständigem Kontrast mit allen anderen Umfragen zu dieser Frage stünden.	dass über Dreiviertel aller Deutschen kein neues Gesetz zum Schutz vor Tabakrauch wünschten.	
2001-2002		Bei einer Versammlung des Wissenschaftspolitischen Ausschusses des Verbandes äußern Verbandsvertreter Wohlgefallen über die Tatsache, dass das Passivrauchen kein dringliches Problem mehr zu sein scheint.	Eine schwache Verordnung, die den Schutz vor Passivrauch am Arbeitsplatz nominell vorsieht, wird erlassen, nachdem die früheren beiden vorhergehenden Anläufe für ein umfassendes Gesetz zum Schutz vor Passivrauchen gescheitert waren.
2005		Die Revision der Arbeitsstättenverordnung bedeutet einen Sieg für die Tabakindustrie, da die Regierung für sich in Anspruch nehmen kann, sich mit dem Problem Rauchen am Arbeitsplatz befasst zu haben, während sich am Status quo nichts Wesentliches verändert hat.	Fehlen eines sinnvollen Plans zur Anwendung und Durchführung der neuen Arbeitsstättenverordnung.

Regierungshandeln zum Schutz von Nichtrauchern

In den 1970er Jahren wurden auf Länderebene einige Verordnungen verabschiedet. So sollte ein im Jahr 1975 in Nordrhein-Westfalen verabschiedeter Erlass Nichtraucher im Öffentlichen Dienst schützen (23). In dem Erlass wurde die Gefahr durch die im Tabakrauch enthaltenen giftigen Substanzen für Raucher wie Nichtraucher bestätigt. Da der Erlass jedoch lediglich Empfehlungscharakter hatte und die Verpflichtung zur Ersuchen rauchfreier Luft bei den Nichtrauchern lag, barg der Erlass kein nennenswertes Veränderungspotenzial. Das Nichtraucherschutzprogramm aus dem Jahr 1978, das vom Bundesgesundheitsministerium herausgegeben wurde, war gleichfalls nicht bindend. Wie ein Vortrag über die auf das Passivrauchen bezogenen Aktivitäten des Verbandes der Cigarettenindustrie offenbart, der im

September 1983 bei einem Treffen mehrerer Tabak-Branchenverbände in Washington D.C. gehalten wurde, löste dieses Nichtraucherenschutzprogramm ein Gesetz ab, das offenbar ursprünglich Mitte der 1970er Jahre von der Bundesregierung geplant worden war:

Im Jahr 1974 musste die Bundesregierung eine Kleine Anfrage über die gesundheitlichen Auswirkungen des Rauchens beantworten. Für Insider war es nicht überraschend, dass als Begleiterscheinung das Passivrauchen relativ ausführlich abgehandelt wurde.... Die deutsche Zigarettenindustrie konnte diese gefährliche Entwicklung freilich nicht länger nur beobachten.*da es aus dem Gesundheitsministerium alarmierende Signale dafür gab, dass ein Entwurf für ein Nichtraucherchutzgesetz in Vorbereitung sei, entschied sich die Industrie dafür, das Thema Passivrauchen einer im Jahr 1977 in München abgehaltenen hochrangigen wissenschaftlichen Konferenz erörtern zu lassen. ... Als Ergebnis wurde bekräftigt, dass das Passivrauchen für den Nichtraucher nicht gefährlich ist und dass es daher keiner separaten gesetzgeberischen Aktivität bedarf. Dieses Ergebnis beeindruckte das Gesundheitsministerium. Das geplante Gesetz wurde in ein Programm umgewandelt, das lediglich unverbindliche Empfehlungen enthielt. Die Regierung gab die vormals von ihr eingenommene Position sogar in ihrer politischen Sprache auf.* Im Jahr 1980 antwortete ein Sprecher des Gesundheitsministeriums auf die Frage hin, ob Passivrauchen bei Nichtrauchern Lungenkrebs verursacht, dass der gegenwärtige Stand der epidemiologischen einen solchen Zusammenhang nicht belegen kann. (24) [Hervorhebung durch Verfasser]

Aus dem Nichtraucherenschutzprogramm von 1978, das gemeinsam von den Bundes- und Landesministerien mit Zuständigkeit für Gesundheit entworfen worden war und das dem Bundestag vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit zugeleitet worden war, wurden mehrere wichtige Passagen gestrichen, die bereits zuvor von der ständigen Arbeitsgruppe Sucht und Drogen verabschiedet worden waren, unter anderem die Aussage, dass Rechtsvorschriften zum Rauchens in der Öffentlichkeit nicht nur möglich seien, sie vielmehr die Pflicht der für den Gesundheitsschutz zuständigen Regierungsbehörden seien (25). Stattdessen wiederholte die Bundesregierung diejenigen Formulierungen, die die Sichtweise des Sachverhaltes aus dem Blickwinkel der Tabakindustrie charakterisieren:

Eingriffe in das Recht des Bürgers auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in Form genereller Verbote sind nur in eng begrenzten Fällen vertretbar. Ein generelles Rauchverbot ist mit dem Grundsatz der

Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht zu vereinbaren. Die Persönlichkeitsrechte der Raucher und der Nichtraucher müssen gegeneinander abgewogen werden (18).

Die Bundesregierung sah in dem Programm keine neue Gesetzgebung oder den Einsatz zusätzlicher finanzieller Mittel vor. Freiwilligen Maßnahmen wurde Vorrang gegeben vor eindeutigen Rechtsvorschriften. Diese Position bedeutete gegenüber den vier Jahre zuvor gemachten Stellungnahmen einen erheblichen Rückzug. Das derzeitige Ausbleiben eines klaren Aufrufs für gesetzgeberische Maßnahmen scheint kein Zufall gewesen zu sein. Die Abweichung seitens der Bundesregierung von der vormals vorhandenen Zustimmung zu gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutz von Nichtrauchern wurde deutlich in der Antwort der Bundesregierung auf eine im Jahr 1978 gestellte Kleine Anfrage über die wissenschaftlichen Erkenntnisse des Passivrauchens und darüber, welche gesetzgeberischen Maßnahmen auf der Basis dieser Erkenntnisse erforderlich seien (26). Die Antwort der Bundesregierung spiegelte die standardmäßige Tabakindustrierhetorik wider, die sowohl in den USA als auch andernorts gang und gäbe ist:

Die Bundesregierung hält gesetzliche Maßnahmen zum Schutz der Nichtraucher gegenwärtig nicht für erforderlich. Das Nichtraucherschutzprogramm, das von der Bundesregierung zusammen mit den Bundesländern erarbeitet worden ist und das dem Bundestag in Kürze zugeleitet werden wird, enthält zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes, *bei denen die Aufklärung der Raucher und der Appell an Einsicht und freiwillige Rücksichtnahme auf Nichtraucher im Vordergrund stehen* (27)
[Hervorhebung durch Verfasser]

Selbst als sich die Erkenntnisse über das Passivrauchen häuften, fuhr die Bundesregierung fort, dessen Auswirkungen zu bagatellisieren. Im Jahr 1980 berichtete Frank Colby, stellvertretender Direktor für wissenschaftliche Belange bei RJ Reynolds (RJR) in den USA, der zuvor das Anschreiben von Vertretern eines in Deutschland ansässigen Zigarettenherstellers bezüglich der potentiellen Toxizität des Nikotins erhalten hatte, er habe:

einigermaßen verlässliche, SEHR VERTRAULICHE Information darüber erhalten, dass die gegenwärtige Bundesregierung als Antwort auf Anfragen aus dem Bundestag dazu bereit ist, die Folgerungen der Studie von White und Froeb [die erste wissenschaftliche Untersuchung, die nachwies, dass Passivrauchen die Lungenfunktion gesunder Nichtraucher beeinträchtigt (28)] öffentlich zu verwerfen (29) [Hervorhebung im Original]

Möglicherweise in Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines im Jahr 1986 veröffentlichten Berichts des Leiters der obersten US-Gesundheitsbehörde (Surgeon General) mit dem Titel „Die Gesundheitliche Konsequenzen des unfreiwilligen Rauchens“ (30) war Anfang des Jahres 1987 in Deutschland eine Veröffentlichung der Bundesregierung in Vorbereitung, in dem die Pläne der Bundesregierung für ein „Aktionsprogramm zur Förderung des Nichtrauchens“ zusammengefasst wurden (31). Als das Programm (32) jedoch drei Jahre später am Welt-Nichtrauchertag des Jahres 1990 vom Bundesgesundheitsministerium herausgebracht wurde, wurde nicht einmal eine Pressekonferenz abgehalten, um das Dokument in der Öffentlichkeit bekannt zu machen (31).

Dieses Programm, das gegenüber den bereits existierenden auf Freiwilligkeit basierenden Maßnahmen keinen bedeutsamen Fortschritt bedeutete, bestand lediglich aus einer knappen Darstellung einer Aufklärungskampagne, die sich an Jugendliche richten sollte, aus Empfehlungen zur Tabakentwöhnung beziehungsweise zur selbsttätigen Regulation der Industrie bezüglich des Zugangs zu Tabakwaren sowie bezüglich des Nichtraucherschutzes, der Tabakwerbung sowie Warnhinweisen. In Übereinstimmung mit der seitens des Ministeriums üblichen Praxis der Verharmlosung der Gefahren des Passivrauchens wurde lediglich festgestellt, dass „die unfreiwillige Inhalation des Tabakrauchs – Passivrauchen – für *stark* exponierte Nichtraucher nicht nur eine Belästigung darstellt, sondern ein Gesundheitsrisiko, das ernst genommen werden muss; darüber gebe es in den vergangenen Jahren einen deutlichen Zuwachs an Erkenntnissen.“ (32) [Hervorhebung durch Verfasser]. In dem Programm wurden die bestehenden, schwachen Richtlinien in Bezug auf den Nichtraucherschutz lediglich wieder

aufgeführt, und es wurde, sich an standardmäßige Tabakindustrierhetorik anschließend (33), empfohlen, abgegrenzte Raucherzonen mit „angemessener“ Belüftung einzurichten. Selbst für diese dünnen Empfehlungen wurde nicht einmal festgelegt, wer für deren Umsetzung zuständig sein würde.

Aus dem Protokoll einer Vorstandssitzung des Verbandes, die im August 1990 stattgefunden hat, geht hervor, dass das Aktionsprogramm in der Entwurfsphase beträchtlich abgeschwächt worden war (34), indem beispielsweise die in früheren Entwürfen empfohlenen Tabaksteuererhöhungen sowie Maßnahmen zur Einschränkung des unschweren Zugangs zu Tabakprodukten gestrichen worden waren (vgl. **Tabelle 2**) (35). Anstatt entschlossene Vorgaben zum Schutz Einzelner vor den Gefahren des Rauchens zu realisieren, wurde in der Endfassung des Programms gewürdigt, dass die Zigarettenindustrie durch Produktmodifikationen zur Verringerung des Rauchens beigetragen habe. Ferner fand das Passivrauchen im Vorwort der Endfassung des Programms nicht einmal Erwähnung, während in früheren Entwürfen konstatiert worden war, dass die vorhandenen Nachweise über die Schädlichkeit des Passivrauchens einen wirksamen Schutz von Nichtrauchern in öffentlich zugänglichen Einrichtungen und an Arbeitsplätzen erforderlich machen. Die Endfassung von 1990 jedoch verwies auf das Passivrauchen lediglich als „ein Risiko, das ernst genommen werden muss.“ (32) Das Programm richtete sich zudem primär an Jugendliche, eine der Lieblingsstrategien der Tabakindustrie, um den Konsum von Tabakprodukten als mündiges und reifes Verhalten zu stilisieren (36), (37).

Vor der Veröffentlichung des Programms warf der damalige Vorsitzende des Ärztlichen Arbeitskreises Rauchen und Gesundheit, Ferdinand Schmidt, der Bundesregierung vor, beim Nichtraucherschutz zu versagen, dies schrieb der dem Einfluss der Tabakindustrie zu (38).

Tabelle 2: Aktionsprogramm zum Nichtrauchererschutz 1990:

Bestimmungen im Entwurf von 1988 gegenüber der Endfassung 1990

Gegenstand	im Entwurf von 1988 ursprünglich vorgeschlagene Bestimmungen (35)	Bestimmungen in der Endfassung von 1990 (32)
Aufklärungskampagne	Eine Kampagne zur Förderung des Nichtrauchens, die bereits im Jahr 1987 begonnen wurde und bis 1995 durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung durchgeführt werden sollte.	Großveranstaltungen, die sich an Jugendliche richten. Als weitere Zielgruppen werden genannt: Gesundheitsberufe, Ärzte, Journalisten, Lehrerverbände, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände etc.
Zugangsbeschränkungen für Jugendliche	Kein Zugang für Minderjährige als mittelfristiges Ziel durch die Einführung jugendsicherer Zigarettenautomaten im Außenbereich. Gesetzliche Maßnahmen zum Jugendschutz, falls freiwillige Maßnahmen sich nicht aus ausreichend erweisen	Freiwillige Maßnahmen, Dialog mit den zuständigen Verbänden (Automatenaufsteller)
Nichtraucherschutz	<p><i>Grundsätzliches:</i></p> <p>Alle von Rauchern und Nichtrauchern geteilten Räume werden rauchfrei.</p> <p>Novellierung der Arbeitsstättenverordnung von 1975, um expliziten Schutz aller Arbeitnehmer vor Tabakrauch zu erreichen.</p> <p>Propagierung rauchfreier Haushalte, Schulen, Gesundheitsbereich, Firmen sowie Verwaltung.</p> <p><i>Einzelne Orte:</i></p> <p>In Regierungsgebäuden mit Publikumsverkehr soll Rauchen in Warteräumen untersagt werden. Rauchen nur in abgetrennten Räumlichkeiten erlaubt.</p> <p>In <u>öffentlichen Verkehrsmitteln</u> soll der Anteil Nichtraucherplätze größer sein als der Anteil von Nichtrauchern in der Bevölkerung.</p> <p><u>Gesundheitssektor:</u> In Krankenhäusern soll das Rauchen für Personal, Patienten und Besucher in allen Räumen, die von Patienten genutzt werden, verboten werden. In Einzelzimmern obliegt die Entscheidung darüber dem Personal (identisch mit der Endfassung).</p> <p>Gespräche mit dem Deutschen <u>Hotel- und Gaststättenverband</u> über Empfehlungen, rauchfreie Restaurants einzurichten. In Restaurants und Cafés sollen Nichtraucherzonen im Verhältnis von 7:3 (zugunsten der Nichtraucher) eingerichtet werden. Prüfung des</p>	<p><i>Grundsätzliches:</i></p> <p>Gemäß EU-Richtlinie von 1989, die Rauchfreiheit in öffentlich zugänglichen Gebäuden fordert, soll freiwilligen Maßnahmen und Einzelfallregelungen wie Hausordnungen oder Verwaltungsrichtlinien der Vorrang gegeben werden.</p> <p><i>Einzelne Orte:</i></p> <p>In <u>Regierungsgebäuden</u> mit Publikumsverkehr soll das Rauchen in Warteräumen untersagt werden. Soweit als möglich soll das Rauchen in abgetrennten Räumlichkeiten oder Zonen erlaubt sein.</p> <p>In <u>öffentlichen Verkehrsmitteln</u> sollen Nichtraucherplätze anteilig zu dem Prozentsatz von Nichtrauchern in der Bevölkerung bereitgestellt werden.</p> <p><u>Gesundheitssektor:</u> In Krankenhäusern soll das Rauchen für Personal, Patienten und Besucher in allen Räumen, die von Patienten genutzt werden, verboten werden. In Einzelzimmern obliegt die Entscheidung darüber dem Personal.</p> <p>Gespräche mit dem <u>Deutschen Hotel- und Gaststättenverband</u> über Empfehlungen, rauchfreie Restaurants einzurichten, in Verbindung mit Maßnahmen, die die gegenseitige Rücksichtnahme fördern. In Restaurants sollen angemessene Belüftung, Nichtraucherzonen oder Ähnliches vorangetrieben werden, um unfreiwilliges Rauchen der Gäste zu verringern.</p> <p>Keine Erwähnung der Präzision der Arbeitsstättenverordnung mit Ausnahme der</p>

Tabelle 2: Aktionsprogramm zum Nichtraucherschutz 1990:

Bestimmungen im Entwurf von 1988 gegenüber der Endfassung 1990

Gegenstand	im Entwurf von 1988 ursprünglich vorgeschlagene Bestimmungen (35)	Bestimmungen in der Endfassung von 1990 (32)
	eingerrichtet werden. Prüfung des Gaststättengesetzes in Hinblick auf mögliches Rahmengesetz.	Empfehlung, dass ein Verweis auf organisatorische Möglichkeiten des Arbeitgebers aufgenommen werden könnte, z.B. die räumliche getrennte Unterbringung von Rauchern und Nichtrauchern bzw. der Erlass (abgestufter) Rauchverbote.
Schulen/Jugendzentren	Rauchfreie Schulen und Jugendzentren, Abschaffung bestehender Raucherräume für Schüler in Schulen.	Unterrichtsgestützte Gesundheitsförderung und die beispielhafte Entwicklung von Nichtraucherkonen in Schulen und Jugendzentren. Freiwillige Maßnahmen um rauchfreie Schulen zu erreichen, weitergehende Regelungen nur wenn diese keinen Erfolg haben.
Tabakentwöhnung	Weitere und gezieltere Entwöhnungsangebote, speziell für Schwangere, einschließlich von Vorgaben zur Produktmodifikation, um die Schädlichkeit von Tabakprodukten zu verringern.	Integration von Beratungsangeboten zur Tabakentwöhnung in psychosoziale Beratungsstellen, Entwicklung spezieller Raucherberatungsstellen. Schwangere als spezielle Zielgruppe.
Tabakwerbung	Überzeugendere Warnhinweise auf Tabakprodukten und auf Tabakwerbung. Weitere Einschränkung der Tabakwerbung, vornehmlich anhand der schrittweisen Beseitigung der Tabakwerbung im öffentlichen Raum. Falls erforderlich, gesetzliche Maßnahmen im Rahmen der EU-Harmonisierung	Freiwillige Maßnahmen haben Vorrang vor gesetzlichen Einschränkungen. Anregungen: Das Bundesgesundheitsministerium wird mit den Verbänden der Tabakwirtschaft folgende Punkte erörtern: (1) Erweiterung der bestehenden freiwilligen Selbstverpflichtungen (Einschränkung der sich auf Jugendliche beziehenden Werbung, Einschränkung der Plakatwerbung, speziell im Umfeld von Schulen und Jugendzentren). (2) Verzicht auf die Gemeinschaftskampagnen. (3) Verzicht auf die Abgabe von kostenlosen Zigaretten. (4) Verzicht auf Kinowerbung vor Filmen, die für Erwachsene zugelassen sind.
Warnhinweise	Falls erforderlich, gesetzliche Maßnahmen im Zuge der EU-Harmonisierung.	Bundesgesundheitsministerium beabsichtigt, Warnhinweise auszuwählen, die das Risiko und die Gefahr des Rauchens wiedergeben. Es verwehrt sich allerdings gegen übertriebene Wendungen wie „Rauchen tötet“.
Tabaksteuern, Subventionen	Tabaksteuererhöhungen und Bemühungen um die Verringerung der	Keine

Tabelle 2: Aktionsprogramm zum Nichtraucherchutz 1990: Bestimmungen im Entwurf von 1988 gegenüber der Endfassung 1990		
Gegenstand	im Entwurf von 1988 ursprünglich vorgeschlagene Bestimmungen (35)	Bestimmungen in der Endfassung von 1990 (32)
Subventionen	Bemühungen um die Verringerung der Subventionierung des Tabakanbaus auf EU-Ebene.	

Die PR-Antwort des Verbandes der Cigarettenindustrie

Eine exzellente Öffentlichkeitsarbeit war für den Verband der Cigarettenindustrie äußerst wichtig, und der hierfür zuständige PR-Ausschuss sollte „sicherstellen, dass die Öffentlichkeit eine positive Wahrnehmung der deutschen Cigarettenindustrie hat“ (39). Der Verband der Cigarettenindustrie hatte rasch begriffen, dass das Aufkommen des Passivrauchens als Angelegenheit öffentlichen Interesses und daraus folgendes Regierungshandeln zum Schutz der Nichtraucher ein ernsthaftes Problem für die soziale Akzeptanz des Rauchens bedeutet (11), (40). Diese Sorge spiegelt sich in einem Vortrag wider, den ein Repräsentant des Verbandes der Cigarettenindustrie im Jahr 1983 bei einem Treffen mehrerer Tabak-Branchenverbände in Washington D.C. hielt:

Meine Damen und Herren, Sie alle wissen um die Bedeutung des Themas „Passivrauchen“ für unser vorrangiges PR-Problem, welches die soziale Akzeptanz des Rauchens ist. Der Krieg, der dem Rauchen und den Tabakherstellern erklärt worden ist... würde zu einer tödlichen Bedrohung für das langfristige Überleben unserer Industrie, wenn nachgewiesen werden könnte, dass das Passivrauchen eine echte Gesundheitsgefährdung darstellt (24).

Der verbleibende Vortrag besprach das vom Verband zur Mitte der 1970er Jahre im ausgeklügelte PR-Programm, das durchgeführt wurde, um Wissenschaft und Politik so auszugestalten, wie es den Bedürfnissen der Tabakindustrie entsprach.

Im Jahr 1975 veröffentlichte der Verband der Cigarettenindustrie eine Broschüre über das Passivrauchen mit dem Titel „Passivrauchen – eine Dokumentation über den Stand der

politischen Diskussion, der Rechtsprechung und der wissenschaftlichen Erkenntnisse. (41), (42), (43). Diese Broschüre, die in einer Auflage von 1,3 Millionen erschien, richtete sich an Medizinjournalisten, Mitglieder der Bundesregierung sowie an Bundestagsabgeordnete. Die Zielsetzung der Broschüre lag darin begründet, die „wissenschaftliche Irrelevanz der These, dass Passivrauchen die Gesundheit von Nichtrauchern schädigt, nachzuweisen (41). Die Taktiken der US-amerikanischen Tabakindustrie widerspiegelnd (44), behauptete der Verband der Cigarettenindustrie, dass in der Broschüre der aktuelle Stand der Wissenschaftlichen Erkenntnisse zusammengefasst sei mit der Zielsetzung, eine sachliche Bewertung der Auswirkungen des Passivrauchens zu erleichtern. Indes wurden in der Broschüre lediglich Stellungnahmen von hochrangigen Wissenschaftlern dargelegt, die Verbindungen zur Tabakindustrie pflegten und die die Nachweise darüber, dass Passivrauchen für Nichtraucher gesundheitsschädlich ist, bereits häufiger bestritten hatten (45), (46), (47), (48), (49). Zudem wurden eine Reihe von Presseartikeln sowie zwei Printmagazine herausgegeben und unter die Leute gebracht (41), (50), (51).

Erstmals im Jahr 1976 gab der Verband einen eigenen als Faltblatt aufgemachten Pressespiegel heraus, den so genannten „International Tobacco Science Information Service“, mit der Zielsetzung, industriefreundliche Information über Rauchen und Gesundheit aufzubereiten. Alle drei Wochen wurde darin über Forschungsarbeiten berichtet, die „aus Sicht der Tabakindustrie günstig oder zumindest neutral sind, über die die Tabakindustrie aber nicht selbst berichten kann“ (52). Der Pressespiegel hatte eine Auflage von 1500 Stück und sollte die Zielgruppe der Journalisten, Gesundheitsbehörden, Politiker und Meinungsführer ansprechen. Um Verdächtigungen zuvorzukommen, dass dieser von der Tabakindustrie gesponsert sein könnte, wurde der Pressespiegel zu einem Bezugspreis abgegeben und Berichte daraus unter dem Akronym „iti“ („Internationaler tabakwissenschaftlicher Informationsdienst“) verbreitet (53). Zumindest drei der Ausgaben dieses Pressespiegels vom Ende der 1980er Jahre enthielten

Artikel, die darauf ausgelegt waren zu besagen, dass über die Gesundheitsgefahren des Passivrauchens eine Kontroverse bestünde (54), (55), (56). Die Herstellung dieser Art von Medienmaterialien ist eine noch heute fortlaufende Strategie der Tabakindustrie (57), (58).

Derartige Aktivitäten des Verband nahmen über die Zeit hinweg zu, und ein tabakindustrieaner Bericht, der sowohl die Aktivitäten der Regierung als auch des Verbandes der Cigarettenindustrie zusammenfasst, zeigt, dass die Auflageziffer derartigen PR-Materials (in dem Dokument als „geführte Information“ bezeichnet) der Tabakindustrie im Jahr 1977 die Milliarden-Marke erreicht hatte und im darauf folgenden Jahr 1978 noch weit darüber liegen sollte (59). Aus Sicht der Tabakindustrie scheinen diese Publikationen die Presse, Politiker und Wissenschaftler erfolgreich erreicht zu haben (52), (60). Wie auch in anderen Ländern (57) hatte dies auch in Deutschland zur Folge, dass die industriefreundliche Berichterstattung in den allgemeinen Medien den Eindruck hinterlassen hat, dass über die Gesundheitsrisiken des Passivrauchens noch Zweifel bestünden, während seitens der seriösen, durch unabhängige Fachkollegen begutachteten wissenschaftlichen Literatur die gesundheitsschädlichen Auswirkungen des Passivrauchens längst eindeutig nachgewiesen sind. Ein aus dem Jahr 1989 stammendes Schriftstück schreibt diese industrie-freundliche Berichterstattung dem PR-Programm des Verbandes zu:

Es hat eine Anzahl von Diskussionen mit großen Deutschen Verlagshäusern stattgefunden, die die wichtigsten Tageszeitungen, Zeitschriften und Illustrierten herausgeben. *Die Industrie hat die Verlagshäuser dazu gedrängt, eine objektivere Berichterstattung über das Passivrauchen zu garantieren. Diese Gespräche hatte eine offensichtliche Wirkung, und die Berichterstattung hat sich in positiver Weise verändert.* (61) [Hervorhebung durch Verfasser]

Der Einfluss der Tabakindustrie auf die Gesetzgebung und ihre erfolgreichen Public Relations Bemühungen können zudem anhand einer im Jahr 1977 in München abgehaltenen Konferenz anschaulich illustriert werden. Um sowohl die öffentliche Meinung als auch die Politik gegen ein Handeln der Bundesregierung zum Schutz von Nichtrauchern zu mobilisieren,

wurde ein Symposium mit dem Titel „Passivrauchen am Arbeitsplatz“ organisiert, das offiziell durch die Bayerische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin veranstaltet wurde und als Weiterbildung verzeichnet war, in der medizinische und juristische Informationen über das Passivrauchen zusammengefasst werden sollte. Der Staatssekretär des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, W. Vorndran, hielt die Eröffnungsansprache (62). Ein Beamter aus dem Bayerischen Innenministerium merkte gegenüber einem Vertreter der Münchner Nichtraucher-Initiative an, dass diese Veranstaltung den Versuch der Tabakindustrie darstellte, das derzeit angekündigte Regierungshandeln zum Schutz der Nichtraucher zu unterlaufen (63). Die direkte Verbindung zwischen dieser Veranstaltung und der Tabakindustrie wurde weder der Öffentlichkeit bekannt gegeben noch wurde sie aus den Konferenzunterlagen ersichtlich. Die geheim gehaltene Planung dieses Symposiums durch die Tabakindustrie wurde durch die Aussagen eines Vertreters des Verbandes der Cigarettenindustrie bestätigt, der im September 1983 bei einem Zusammentreffen mehrerer Tabak-Branchenverbände in Washington D.C. folgendes berichtete:

Der offizielle Veranstalter war die Bayerische Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin. Bedeutende Mediziner und Juristen nahmen aktiv an der Veranstaltung teil. Die Konferenz wurde von hochrangigen Persönlichkeiten aus dem Gesundheitsbereich einschließlich von Beamten aus dem Gesundheitsministerium besucht (24) [Hervorhebung durch Verfasser]

Wie aus einer von Frank Colby im Februar 1982 verfassten innerbetrieblichen Aktennotizen zu entnehmen ist, war der Verband der Cigarettenindustrie an der Organisation einer weiteren ähnlichen Veranstaltung beteiligt:

Aufgrund der möglichen Gesetzesinitiative sowie der möglichen Aufnahme [des Passivrauchens in die MAK-Liste] [habe der Verband der Cigarettenindustrie] sich dafür eingesetzt, in Deutschland vor Ende des Jahres eine Veranstaltung über das Rauchen in der Öffentlichkeit zu organisieren (64).

Aus einer weiteren, ebenfalls von Colby im Februar 1982 verfassten vertraulichen Aktennotiz, die mit dem Zusatz „bitte notieren und vernichten“ versehen wurde, wird ersichtlich,

dass das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung im Dezember 1981 einen Statusbericht über die Formulierung von Gesetzen zum Schutz von Beschäftigten am Arbeitsplatz verfasst hatte. Colby berichtete, dass dieser Entwurf vom Bundesministerium für Gesundheit eingebracht worden war und einen Paragraphen über das Rauchen enthielt, der sich allerdings nicht auf die Gesundheitsgefährdung bezog, sondern lediglich auf das Rauchen als mögliche Belästigung. Colby vermerkte hierzu:

Es scheint einen Bericht oder den Entwurf eines solchen zu geben, der die Angaben von White und Froeb [die erste wissenschaftliche Untersuchung, die nachwies, dass das Passivrauchen die Lungenfunktion gesunder Nichtraucher nachteilig beeinflusst] sowie von vergleichbaren Arbeiten über die respiratorischen sowie kardiologischen Beeinträchtigungen bei Erwachsenen als erwiesen bestätigt (65).

Er fuhr damit fort zu erklären, dass die Tabakindustrie in Deutschland daher:

im Geheimen für die zweite Jahreshälfte eine wissenschaftliche Konferenz über das Rauchen in der Öffentlichkeit vorbereite ... (65)

Der Verband hatte die Notwendigkeit erkannt, den Gegnern des Rauchens durch verborgenes, vorausschauendes Handeln entgegenzuwirken. Die Tatsache, dass dieser Ansatz systematisch und erfolgreich angewendet wurde, wurde in einem Bericht eines Besuches beschrieben, den ein Vertreter des britischen Tabak-Branchenverbandes TAC dem Verband der Cigarettenindustrie im Jahr 1979 abstattete:

...bei weitem der größte Anteil ihrer [VdC] Arbeit und Ausgaben gehen auf Werbeaktivitäten, die von unabhängig erscheinenden Dritten durchgeführt werden ... Wenn Veröffentlichungen erscheinen, die die Fakten falsch darstellen oder entstellen und die die Öffentlichkeit irreführen, *nimmt der VdC die Dienste einer Anwaltskanzlei in Anspruch, die ohne ersichtliche Verbindungen zu der Industrie auftritt.* ... Risiken: Die heimlichen und der Öffentlichkeit verborgenen Tätigkeiten und Geschäfte, in die der Verband der Cigarettenindustrie involviert ist, bringen eindeutig eine gewisse Gefahr mit sich, entdeckt zu werden, zum Beispiel durch investigative Journalisten, die die Verbindung zwischen der Industrie und dem jeweiligen Endprodukt. HK [Harald König, Angestellter des VdC] ist allerdings der Auffassung, dass die Vorsichtsmaßnahmen, die getroffen werden, ausreichend sind, um es der Industrie zu ermöglichen, jegliche Verbindung in Abrede zu stellen, zu bestreiten, und er sagt, dass das Rest-Risiko für die Mitgliedsfirmen

des Verbandes der Cigarettenindustrie akzeptabel sind ... *Durch diese Herangehensweise scheint sich die Tabakindustrie in Deutschland besser als in vielen Ländern von den schlimmsten Exzessen der verschiedenen Anti-Tabak-Lobbies verteidigt zu haben, und in der Öffentlichkeit ein höheres Ansehen für sich sowie ihre Produkte bewahrt zu haben....* (52) [Hervorhebung durch Verfasser]

Der Einsatz von Anwaltskanzleien seitens der Tabakindustrie mit dem Ziel, die Tabakkonzerne abzuschirmen und Geheimhaltung zu wahren, ist eine Strategie, die die Tabakindustrie weltweit anwendet, insbesondere im Zusammenhang mit ihren Bemühungen, die Nachweise für die Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens zu unterlaufen (66), (67), (68), (69), (70).

Die Bemühungen der Tabakindustrie zahlten sich aus, und ein aus dem Jahr 1978 stammende Bericht über „Rauchen und Gesundheit“, in dem sowohl die Aktivitäten der Tabakindustrie als auch der Bundesregierung aufgeführt sind (59), gibt Anhaltspunkte bezüglich der Erfolge hinsichtlich der Bestrebungen, die öffentliche Diskussion über die Gefahren des Rauchens sowie des Passivrauchens zu entschärfen. In dem Bericht wird erklärt, dass von Regierungsseite gemachte Aussagen bezüglich des Rauchens (zum Beispiel die veröffentlichte Zahl von annäherungsweise 140 000 jährlichen tabakrauchbedingten Todesfällen sowie die Zitierung der Kosten des Rauchens, die auf 20 000-25 000 Millionen DM beziffert wurden) in ihrer ursprünglichen Form nicht weiterhin aufrecht erhalten werden würden:

Wie bereits festgestellt, wurden diese Äußerungen noch nicht offiziell gemacht; sie geben allerdings einen Hinweis auf eine erhebliche Änderung der Denkweise des Bundesgesundheitsministeriums in Bezug auf das Problem Rauchen und Gesundheit wider (59).

Der öffentliche Diskurs über das Passivrauchen veränderte sich grundlegend durch die Publikation dreier bemerkenswerte Untersuchungen sowie einem Bericht der obersten US-Gesundheitsbehörde (Surgeon General Report) über das Passivrauchen, die allesamt zwischen 1980 und 1986 erschienen (30), (71), (72), (73). Dennoch setzte die Tabakindustrie erfolgreich defensive Strategien ein, insbesondere anhand von einflussreicher PR und aufgrund der

Erkenntnis, ihre Bemühungen um politische Intervention steigern zu müssen. Die Bemühungen darum, öffentlich jeglichen Zusammenhang zwischen Passivrauchen und Krankheiten zu dementieren, erschienen mehr denn je als erforderlich nach dem Erscheinen der Veröffentlichungen von Hirayama (71), Trichopoulos et al. (72) sowie Garfinkel et al. (73), die im Spätjahr 1980 beziehungsweise im Jahr 1981 veröffentlicht wurden und einen Zusammenhang zwischen Passivrauchen und Lungenkrebs aufzeigten. Die beachtenswerteste dieser drei Arbeiten stammte aus Japan von Hirayama und wies nach, dass Nichtraucherinnen, die mit Rauchern verheiratet waren, ein höheres Lungenkrebsrisiko hatten als Nichtraucherinnen, die mit Nichtrauchern verheiratet waren (71), (74). Am 8. Mai 1981 schaltete der Verband der Cigarettenindustrie in vier führenden deutschen Tageszeitungen eine ganzseitige Anzeige (vgl. **Abbildung 1**), die darauf zielte, einen Artikel zu widerlegen, der im „Stern“ erschienen war (75) und über die Befunde von Hirayama sowie über die auf das Rauchen zurückführbaren vorzeitigen Todesfälle berichtet hatte (76).

Der Verband der Cigarettenindustrie schaltete diese Anzeige mit der Kritik an Hirayamas Publikation trotz der - nicht öffentlich gemachten - Zusicherung seitens Franz Adlkofer, der die Wissenschaftlichen Abteilung des Verbandes der Cigarettenindustrie leitete und Wissenschaftlichen Sekretär des Forschungsrates Rauchen und Gesundheit war, dass Hirayamas Ergebnisse korrekt seien (74).

Vermutlich im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Berichtes des Leiters der obersten US-Gesundheitsbehörde (US Surgeon General) mit dem Titel *Die gesundheitlichen Konsequenzen des unfreiwilligen Rauchens* im Jahr 1986 und den Bemühungen seitens des Bundesministeriums für Gesundheit um ein Nichtraucherschutzprogramm, plante der Verband der Cigarettenindustrie eine große PR-Offensive bezüglich des Passivrauchens.

Eine vom Verband der Cigarettenindustrie stammende Aktennotiz aus dem Jahr 1987 offenbart sowohl eine Ist- bzw. Sollanalyse der derzeitigen Situation und weist aus, dass die breite

Diese Analyse des Verbandes gibt Hinweise auf den dringenden Bedarf, auf politischer Ebene zu intervenieren, sowie darauf, dass der Verband diesen Bedarf anhand der Kultivierung politischer Kontakte, PR sowie Lobbyismus erfolgreich erwiderte. Das Schriftstück zeigt zudem auf, dass seitens der Politik in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre eine wachsende Bereitschaft für politische Interventionen bestand.

In einem aus dem Jahr 1989 stammenden Schriftstück mit dem Titel „ETS – Challenge for the Industry“ [ETS – Herausforderungen für die Industrie] wird zwei Jahre später die erfolgreiche Positionierung des Verbandes bestätigt:

In den vergangenen Jahren haben zwischen Industrievertretern und Politikern aller Parteien zahlreiche Gespräche über das Thema Passivrauchen stattgefunden. Die Serie von Politikern, die in Anspruch genommen wurde/sich engagieren, umfasst Politiker aus Bundes- und Länderparlamenten, aus Bundes- und Länderministerien einschließlich von Gesundheitsministern. Die Industrie hat parlamentarische Abende veranstaltet, hat Gespräche mit den wichtigsten Kommissionen des Deutschen Bundestages geführt und mit hochrangigen Angestellten aus der Verwaltung. *Eine bestimmte Gruppe von Industrievertretern und Angestellten aus dem Gesundheitsministerium trifft sich regelmäßig zum Gedankenaustausch.* All diese politischen Kontakte werden kultiviert und ständig verbessert. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die deutsche Tabakindustrie ein beträchtliches Maß ihrer PR-Ressourcen und politischer Lobbyismus darauf verwendet, ihrer Position Geltung zu verschaffen.“ (61) [Hervorhebung durch Verfasser]

Die Bemühungen des Verbandes, Wissenschaft, wissenschaftliche Kommissionen sowie Ereignisse zu beeinflussen

Tabakindustrie-interne Forschung sowie Forschung im Auftrag der Tabakindustrie

Die interne wie externe Durchführung eigener Forschungsarbeiten über die gesundheitlichen Auswirkungen des Rauchens spielte bei den Bemühungen des Verbandes der Cigarettenindustrie eine zentrale Rolle, sich in der breiten Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit zu erhalten und mit der Regierung ein gutes Verhältnis zu pflegen (78), (79), (80). Die Durchführung eigener sowie extern vergebener Forschungsarbeiten wurde vom Verband der

Cigarettenindustrie auch dazu eingesetzt, mit Wissenschaftlern und Institutionen aus dem Gesundheitsbereich ein kollegiales Klima zu schaffen. Dies wurde sowohl durch die Förderung von externen Wissenschaftlern erreicht als auch, indem man den Rang eines tatkräftigen und respektablen wissenschaftlichen Akteurs behauptete (81), (82). Die dem Verband eigenen Einrichtungen wurden zeitgleich dafür genutzt, Forschungsarbeiten durchzuführen, die für eine externe Vergabe zu heikel galten (83), (84), (85), (86). In der Bemühung darum, potenziell wichtige Forschungsarbeiten zu verhindern, deren Ergebnisse für die Tabakindustrie gefährlich sein könnten, benötigten die Tabakhersteller die Beteiligung an grundlegender Forschung.

Rekrutierung „unabhängiger“ Wissenschaftler

Die Rekrutierung „unabhängiger“ medizinischer und politischer Autoritäten ist Teil der Strategie der Tabakindustrie zur Ausbremsung der öffentlichen Akzeptanz wissenschaftlicher Nachweise über den Zusammenhang zwischen Passivrauchen und Krankheit (67), (87), (88). Die vermutlich wichtigste gesundheitspolitische Autorität, mit der die Tabakindustrie in Deutschland im Verlauf der 1980er Jahre verbündet war, ist Karl Überla. Zeitgleich mit seiner Tätigkeit als Präsident des Bundesgesundheitsamtes (BGA) leitete er eine private Forschungseinrichtung, die „GIS“ (Gesellschaft für Informationsverarbeitung und Statistik in der Medizin). F. Colby, leitender Angestellter bei RJR, bemerkte in einer Aktennotiz vom 16. Juni 1982, dass „diese Tatsache offensichtlich in Deutschland zulässig sei, in den USA oder in anderen Ländern jedoch als vollkommen unmoralisch erachtet würde“ (89). Überla änderte zumindest in einem Fall schriftliche Beurteilungen über Passivrauchen, die von seinen Mitarbeitern getroffen worden waren, in der Bestrebung, die wissenschaftlichen Nachweise zu Gunsten der Tabakindustrie zu verdrehen (90), (91). Aus mehreren „Schlussfolgerungen“ eines BGA-Berichtes über Lungenkrebs bei Personen, die Passivrauch ausgesetzt waren, wurden „Hypothesen“, ein „nachgewiesenes Ergebnis“ wurde zum „beschriebenen Ergebnis“. Überla strich die Aussage, dass die Annahme begründet sei, dass Passivrauchen die Lungenfunktion negativ beeinflusst und

chronisch schädigt sowie das Lungenkrebsrisiko von Nichtrauchern erhöht. Nach Überlas Bearbeitung wurde Passivrauchen lediglich als Belästigung bezeichnet, nicht als eine gefährliche Substanz (91). Im Jahr 1982 nahm der Verband der Cigarettenindustrie Überlas Institut GIS für eine Studie über „Passivrauchen und Lungenkrebs“ unter Vertrag (85). Adlkofer erklärte in einem Schreiben an die Mitglieder des Ausschusses Tabakforschung vom 9. August 1983, wie der Verband der Cigarettenindustrie Überla für sich gewonnen hatte:

Es hat sich in der Vergangenheit erwiesen, daß eine der höchsten gesundheitspolitischen Autoritäten in der Bundesrepublik [i. e. Überla] zu dem Passivrauchen eine sehr abwägende und differenzierende Haltung einnimmt, die sich insbesondere kritisch mit den bisher vorgelegten angeblichen Beweisen über die Schädlichkeit eines solchen Passivrauchens auseinandersetzt. Es besteht die Möglichkeit, mit einem über mehrere Jahre sich erstreckenden Forschungsvorhaben diese Autorität in ihrer bisher gewonnenen Überzeugung zu festigen und sie auch in die Lage zu versetzen, öffentlich auf der Basis eigener Forschungen dezidiert entsprechende Aussagen zu machen. (92) [Hervorhebung im Original]

Der Tabakindustrie in Deutschland ist es gelungen, sich einen Grad an Respektabilität zu erhalten, der ihr den Zugang zu hochrangigen Sachverständigen, wissenschaftlichen Institutionen sowie Wissenschaftlern erlaubte, die eingewilligt hatten, dem Forschungsrat Rauchen und Gesundheit anzugehören (93).

Einflussnahme auf hochrangige Arbeitsgruppen und wissenschaftliche Kommissionen

Im Jahr 1983 wurde vom Bundesgesundheitsministerium eine Arbeitsgruppe „Krebsgefährdung durch Rauchen“ einberufen. Diese Arbeitsgruppe sollte die Bundesregierung in Fragen beraten, die das aktive und passive Rauchen betreffen (31). Von den 24 in diese Arbeitsgruppe berufenen Personen hatten zumindest fünf für den Verband der Cigarettenindustrie gearbeitet oder Finanzmittel von ihm erhalten (86), (94), (95). Obschon diese Arbeitsgruppe keinerlei programmatische oder gesetzgeberische Kompetenzen hatte, erhielt der Verband der Cigarettenindustrie aufgrund der Besetzung dieser Arbeitsgruppe Legitimität und verschaffte ihm die Möglichkeit, die Politik der Regierung zu beeinflussen (96).

In der MAK-Kommission kam Tabak wieder im Jahr 1980 auf die Tagesordnung, als einer der Kommissionsmitglieder vorschlug, das Passivrauchen in die MAK-Liste aufzunehmen. Während die MAK-Kommission keine eigentliche gesetzgeberische Befugnis hat, werden die MAK-Werte von den zuständigen Regulierungsbehörden dazu verwendet, maximale Arbeitsplatzkonzentrationen zu begründen. Aus einer von Frank Colby im Jahr 1981 verfassten Aktennotiz aus dem Haus RJR geht hervor, dass der Vorschlag, die Aufnahme des Passivrauchens durch die MAK-Kommission prüfen zu lassen, von Dietrich Henschler, dem Vorsitzenden der MAK-Kommission (von 1969 bis 1991), nicht unterstützt wurde. Die gleiche Notiz gibt zu erkennen, dass Henschler inoffiziell den Vorschlag für unsinnig hielt und der Auffassung war, dass dieser niemals die Chance hätte, befürwortet zu werden (97). Henschler hatte in den späten 1970er Jahren - also vor der Zeit der erneuten Diskussion um die Aufnahme des Passivrauchens in die MAK-Liste (98) - Forschungsmitteln von RJR erhalten für Forschungsarbeiten in Bezug auf Schwellenwerte in der Chemischen Kanzerogenese (99).

Über vier Jahre nach dem Vorschlag des Kommissionsmitglieds H. Remmer, das Passivrauchen in die MAK-Liste aufzunehmen, wurde dieses im Jahr 1985 in die MAK-Liste aufgenommen. Obwohl die MAK-Kommission zu der Schlussfolgerung gelangt war, dass „mit einer gewissen Krebsgefährdung durch Passivrauchen zu rechnen sei“, da Passivrauchen eine Vielzahl Krebs erzeugender Stoffe enthält, die zum Teil auch als Krebs erzeugende Arbeitsstoffe bekannt sind, empfahl die MAK-Kommission geeignete Präventivmaßnahmen lediglich an „stark durch Tabakrauch kontaminierten Arbeitsplätzen“ (100). Das Passivrauchen wurde somit zwar einerseits als gesundheitsschädliches Arbeitsstoffgemisch gewertet, andererseits kennzeichnete die MAK-Kommission das Lungenkrebsrisiko durch Passivrauchen lediglich als „ernstzunehmende Hypothese“. Aufgrund dieser Vagheiten stellte dessen Aufnahme in die MAK-Liste keine überzeugende Bekundung dar und hatte keine deutlichen Auswirkungen auf das Alltagsleben.

Obgleich der Verband der Cigarettenindustrie ursprünglich erwogen hatte, gegen die Aufnahme des Passivrauchens in die MAK-Liste juristische Schritte einzuleiten (101), verfolgte es diesen Plan nicht weiter. Als jedoch deutlich wurde, dass die Aufnahme des Passivrauchens nicht zu vermeiden war, arbeitete der Verband der Cigarettenindustrie daran, dass das Passivrauchen in einen anderen Abschnitt klassifiziert würde (unter Pyrolyseprodukte aus organischem Material). Wie E. Brückner in einem Schreiben vom 12. März 1985 an Vertreter der Mitgliedsfirmen des VdC äußerte, hätte dies den Vorteil

„dass das Passivrauchen sehr viel versteckter aufgenommen wäre und nicht eine Sonderrubrik hätte, in der es immer besonderen Regeln unterworfen wäre. Wenn nämlich Passivrauchen in den Anforderungen wie Kokereirohgas oder Auspuffgas behandelt [sic], sehen wir relativ gut aus“ (102).

In einem vor Vertretern der Tabakindustrie gehaltenen Vortrag sagte ein Verbandsvertreter [vermutlich Franz Adlkofer] allerdings voraus, dass die Bundesregierung auf die MAK-Klassifizierung hin nichts unternehmen würde:

Trotz dieser Tatsache [der Aufnahme des Passivrauchens in die MAK-Liste im Jahr 1985] fühlt sich die Bundesregierung bisher nicht dazu verpflichtet, das Nichtraucherschutzgesetz zu ändern. Es ist Auffassung der Bundesregierung, dass der Text, der in der MAK-Liste zusammenfassend dargestellt ist, keinen Nachweis über die kanzerogene Wirkung des Passivrauchens liefert. *Der Standpunkt der Regierung wird durch ein Abstimmungsergebnis der Arbeitsgruppe „Krebsgefährdung durch Rauchen“ gestützt, die das Bundesgesundheitsministerium und die Regierung berät* (103). [Hervorhebung durch Verfasser]

Im Jahr 1997 befasste sich die MAK-Kommission erneut mit dem Passivrauchen und klassifizierte es im Jahr 1998 in Kategorie A1, in der sich „Substanzen, die beim Menschen erwiesenermaßen Krebs erzeugend und die nachweislich einen relevanten Beitrag zur Erhöhung des Krebsrisikos leisten“ finden (104). Die abschließende Beratung der MAK-Kommission über die Neuklassifizierung erfolgte im Juni des Jahres 1998, da die Kommission die MAK-Liste

üblicherweise zur Mitte eines jeweiligen Jahres vorlegt.* Seitens der Tabakindustrie war man der Auffassung, dass „das Votum aufgrund neuer Daten, die von dem VdC vorgelegt worden waren, und aufgrund des Einflusses von Adlkofer [von Januar auf Juni] verschoben wurde“ (105). Eine solche Verschiebung wäre aus Sicht der Tabakindustrie tatsächlich sehr bedeutsam gewesen, da die Schlussabstimmung des Bundestages über das Nichtraucherschutzgesetz für den 5. Februar 1998 anberaunt war. Jedenfalls wurde die Gesetzesvorlage abgelehnt, bevor die MAK-Kommission über die Neuklassifizierung des Passivrauchens befunden hatte.

Die Tabakindustrie beobachtete die Haltung der Öffentlichkeit in Bezug auf das Passivrauchen sowie einen eventuellen Rückhalt für gesetzgeberische Maßnahmen sorgfältig mit dem Ziel, die Probleme zu umgehen, die sich in den USA für die Tabakindustrie abgezeichnet hatten. Im Jahr 1989 führte Philip Morris International eine Meinungsumfrage durch, in der die Einstellungen bezüglich Passivrauchen und damit in Beziehung stehenden Themen in 10 europäischen Ländern und den USA verglichen wurden (106). Der Vergleich von Deutschland und den USA erbrachte mehrere interessante Ergebnisse und weist aus, dass die öffentliche Meinung bezüglich Passivrauchen in den beiden Ländern vergleichbar war. In der Tat erachtete im Vergleich zur US-amerikanischen Bevölkerung ein vergleichbar größerer Anteil der westdeutschen Bevölkerung das Passivrauchen als gesundheitsschädlich. Deutsche unterstützten zudem Regierungshandeln zum Schutz von Nichtrauchern zu einem höheren Prozentsatz als US-Bürger (vgl. **Tabelle 3**).

Tabelle 3: Ausgewählte Ergebnisse der im Auftrag von Philip Morris durchgeführten Umfrage: Öffentliche Einstellungen bezüglich Passivrauchen und Wunsch nach Einschränkung des Rauchens in der Öffentlichkeit in Deutschland im Vergleich zu den USA (106)

Frage/Gegenstand	Deutschland		USA	
	Nichtraucher	Raucher	Nichtraucher	Raucher
Erachten Sie Passivrauchen als Gesundheitsgefahr?	95%	87%	62%	32%

* Dieser und die drei nachfolgenden Sätze wurden in der deutschen Übersetzung des Textes überarbeitet, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Zeitpunkt der Abstimmung und Veröffentlichung der MAK-Liste üblicherweise Mitte eines jeweiligen Jahres erfolgt.

Tabelle 3: Ausgewählte Ergebnisse der im Auftrag von Philip Morris durchgeführten Umfrage: Öffentliche Einstellungen bezüglich Passivrauchen und Wunsch nach Einschränkung des Rauchens in der Öffentlichkeit in Deutschland im Vergleich zu den USA (106)

Frage/Gegenstand	Deutschland		USA	
Finden Sie (als Nichtraucher) Tabakrauch lästig?	76%	-	71%	-
Würden Sie Rauchverbote in Restaurants befürworten?	10%	4%	22%	7%
Würden Sie getrennte Räumlichkeiten für Raucher und Nichtraucher in Restaurants befürworten?	62%	43%	75%	87%
Würden Sie Rauchverbote in Büroräumen befürworten?	45%	25%	31%	15%
Würden Sie getrennte Räumlichkeiten für Raucher und Nichtraucher in Büroräumen befürworten?	30%	38%	59%	67%
Würden Sie Rauchverbote in Warteräumen/Empfangshallen befürworten?	27%	12%	45%	25%
Würden Sie getrennte Räumlichkeiten für Raucher und Nichtraucher in Warteräumen/Empfangshallen befürworten?	40%	35%	37%	42%
Teilen Sie Auffassung, dass die Regierung zur Einschränkung des Rauchens an öffentlichen Orten Gesetze erlassen sollte?	49%		47%	
Starke Zustimmung dazu, dass es ein wichtiges Ziel der Gesundheitspolitik der Regierung sein sollte, das Rauchen sozial inakzeptabel zu machen.	25%		30%	
Starke Zustimmung dazu, dass es keinen Bedarf für Regierungshandeln gibt, wenn Raucher und Nichtraucher sich einander zuvorkommen behandeln.	69%		37%	
Zustimmung dazu, dass Arbeitgeber die Belüftung in Büros verbessern sollten anstatt das Rauchen zu verbieten.	74%		64%	

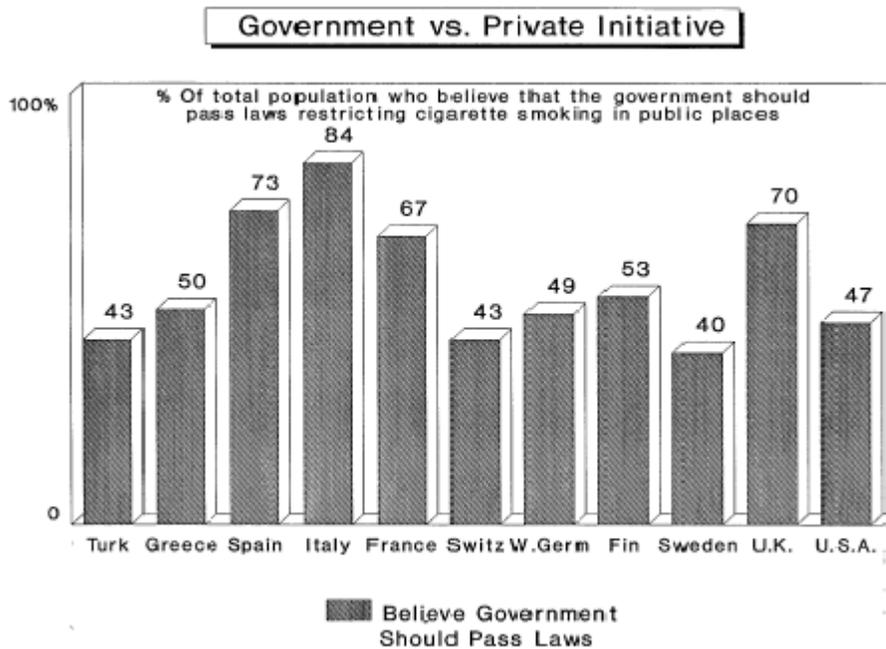


Abbildung 2: Die von Philip Morris im Jahr 1989 in Auftrag gegebene Studie zum Vergleich der in unterschiedlichen Ländern vorherrschenden Überzeugungen bezüglich Regierungshandeln zur Einschränkung des Rauchens in der Öffentlichkeit erbrachte eine etwas höhere Unterstützung für derartige Maßnahmen in Deutschland als in den USA (106).

Im europäischen Vergleich erbrachte die Erhebung, dass Nichtraucher in Deutschland im Vergleich zu den meisten südeuropäischen Ländern (Spanien, Frankreich, Italien) zu einem weit höheren Anteil abgetrennte Räumlichkeiten in Restaurants wünschten. Während der Anteil derjenigen, der sich für eine Gesetzesinitiative seitens der Regierung zur Einschränkung des Rauchens in öffentlichen Einrichtungen aussprachen, in der deutschen Stichprobe geringer war als bei den Befragten aus manchen anderen europäischen Ländern, überstieg der Prozentsatz derer, die dies befürworteten, mit 49% den entsprechenden Anteil der US-Amerikaner (mit 47%) (vgl. **Abbildung 2**).

In der Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse traf Philip Morris International folgende Schlussfolgerungen:

Die Auffassung, dass ETS [das Passivrauchen] eine Gesundheitsgefahr darstellt, ist weit verbreitet. ... sowohl Raucher als auch Nichtraucher in Europa verlangen zukünftig mehr Regeln gegen das Rauchen an öffentlichen Orten. ... *Europäer sind im Allgemeinen weniger gegen Regierungshandeln in Sachen Rauchen eingestellt als die Menschen in den USA (106).* [Hervorhebung durch Verfasser]

In Anbetracht dieser Einstellungsmuster ist es bemerkenswert, dass Deutschland in Bezug auf die Entwicklung und Umsetzung von Strategien zum Schutz vor Passivrauchen so weit hinter den USA zurückgeblieben ist. In einer Erhebung, die in den Unterlagen von British American Tobacco aufgefunden wurde, und die im Jahr 1988 vermutlich von einem Tabakhersteller durchgeführt worden war, wurde festgestellt, dass 80% der Nichtraucher in Deutschland und 55% der Raucher der Auffassung waren, dass Rauchen „die Umwelt verschmutzt“ sowie dass 80% der Nichtraucher und 48% der Raucher das Rauchen für ein sehr großes oder großes Gesundheitsrisiko hielten (107). Neben den Erhebungen, die vonseiten der Tabakindustrie vorgenommen wurden, wurden in den 1990er Jahren mehrere Erhebungen von unabhängigen Meinungsforschungsinstituten durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Umfragen zeigen ebenfalls, dass die Bevölkerung in Deutschland über die Gesundheitsschädlichkeit des Passivrauchens Kenntnis hatte und dass sie bereits in den 1980er Jahren Maßnahmen zur Einführung rauchfreier Einrichtungen eindeutig befürwortete (vgl. **Tabelle 4**).

Tabelle 4: Erhebungen zur öffentlichen Meinung über das Passivrauchen und diesbezüglicher Rechtsvorschriften zeigten dass eine Mehrheit aller Deutschen rauchfreie öffentliche Einrichtungen und Arbeitsplätze befürwortete				
Jahr	Forschungsinstitut	Auftraggeber	Stichprobenumfang	Ergebnisse
1993	Eurobarometer	EU-Kommission	12 800	78% sprechen sich für Rauchverbote in der Öffentlichkeit aus, 19% sind dagegen 88% befürworten getrennte Bereiche am Arbeitsplatz (123) (zitiert nach einem Berichtsentwurf von Philip Morris aus dem Jahr 1994 (108))
1993	Infratest	Tabak-Info-Verlagsgesellschaft	2 020	46% aller Nichtraucher sowie 19% aller Raucher befürworten

Tabelle 4: Erhebungen zur öffentlichen Meinung über das Passivrauchen und diesbezüglicher Rechtsvorschriften zeigten dass eine Mehrheit aller Deutschen rauchfreie öffentliche Einrichtungen und Arbeitsplätze befürwortete				
Jahr	Forschungsinstitut	Auftraggeber	Stichprobenumfang	Ergebnisse
				Rauchverbote in der Öffentlichkeit (25% aller Nichtraucher sagen, dass Regierung die Beziehungen zwischen Rauchern und Nichtrauchern regeln sollte, 75% finden, dass eine Übereinkunft gefunden werden müsse) (124) (zitiert nach einem Berichtsentwurf von Philip Morris aus dem Jahr 1994 (108))
1994	FORSA	Privatsender RTL	501	65% befürworten Rauchverbote in der Öffentlichkeit (40% davon Raucher; 78% in den neuen Bundesländern, 61% in den alten Bundesländern) (125) (zitiert nach einem Berichtsentwurf von Philip Morris aus dem Jahr 1994 (108))
1996	FORSA	nicht ermittelbar	nicht ermittelbar	69% sprechen sich für rauchfreie Arbeitsplätze aus (einschließlich 49% Raucher) (109)
1997	GfK Marktforschung GmbH	Nichtraucher-Initiative e.V.	2 600 (im Alter zwischen 16 und 69 Jahren)	68,1% stimmen für einen gesetzlich geregelten Nichtraucherschutz (83,6% Nichtraucher; 45,2% Raucher) (110)

Trotz der Tatsache, dass die Öffentlichkeit in Deutschland (bzw. in Europa im Allgemeinen) Regierungshandeln zur Beschränkung des Rauchens in einem ähnlichen Ausmaß – oder sogar noch stärker – befürwortete als in den USA, arbeitete die Tabakindustrie in Europa und insbesondere in Deutschland daran, die in den USA eingeführten rauchfreien öffentlichen Einrichtungen als US-amerikanischen Extremismus und Intoleranz zu portraituren. Seit den 1990er Jahren scheint diese Strategie verbreitet angewendet worden zu sein. Ein Schreiben aus dem Jahr 1991 von dem Abteilungsleiter für Regierungsangelegenheiten bei Philip Morris in

Brüssel gibt zu erkennen, dass die Verwendung der „Botschaft amerikanischer Intoleranz“ als sehr wirksam erschien, und dass sie zum Nutzen der Industrie angewendet werden sollte:

Während eines Treffens über ETS [Passivrauchen] in der vergangenen Woche schien sich ein Konsens zu herauszubilden bezüglich der Erwünschtheit der Verwendung der amerikanischen Intoleranz als Argument gegen Anti-Rauchen in Europa (...). Da ich persönlich bereits die Gelegenheit hatte, die „Intoleranz“-Botschaft mit europäischen Journalisten anzuwenden, kann ich Ihnen versichern, dass man Journalisten ohne Umstände für sich einnehmen kann, wenn man ihnen erklärt, dass wir lediglich die Entstehung eines solchen intoleranten Verhaltens in Europa bekämpfen (111).

In dem gleichen Schreiben wurde erläutert, dass einige Kommentare über den Gegenstand „amerikanische Intoleranz“ in einem von Philip Morris herausgegebenen Handbuch über Passivrauchen zur Verfügung stünden, und dass weitere zu einem späteren Zeitpunkt verteilt werden sollten. Ergänzend wurde darauf Bezug genommen, dass Philip Morris International „Unterstützung bei der Organisation einer Konferenz über das soziologische Phänomen des amerikanischen Extremismus und Intoleranz in einem EU-Mitgliedsland angeboten habe“ (111). Wir konnten nicht in Erfahrung bringen, ob die Konferenz tatsächlich stattgefunden hat.

1990-2002: Die Tabakindustrie nimmt Einfluss auf Gesetzgebung

Während die Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 die Tabakkontrollpolitik in Deutschland nicht nennenswert beeinflusst hat, gab es zwischen 1994 und 2002 mehrere erfolglose Versuche, ein Nichtraucherschutzgesetz zu verabschieden. Im Jahr 1994 brachten 41 Abgeordnete einen Gesetzentwurf für ein Bundesgesetz zum Nichtraucherschutz in den Bundestages ein (112). Dem Namen nach sollte dieser Gesetzentwurf rauchfreie Arbeitsplätze und öffentliche Einrichtungen schaffen, jedoch war – in Einklang mit etablierten Tabakindustriestrategien – die Einrichtung von Raucherzonen zugelassen, solange „angemessene Belüftung“ vorgesehen war, eine standardmäßig von der Tabakindustrie vertretene Lösung (33), (113). Während Meinungsumfragen die breite Unterstützung der Bevölkerung für rauchfreie

Einrichtungen zeigten (65% Nichtraucher sowie 40% der Raucher) (114), erhielt diese Initiative trotz der weit verbreiteten Zustimmung größtenteils kritische Medienberichterstattung und wurde nicht verabschiedet.

Im Jahr 1998 berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* weniger als einen Monat vor der Schlussabstimmung über einen weiteren im Jahr 1996 eingebrachten Gesetzentwurf, dass die Kosten des Gesetzes sich für deutsche Betriebe auf 33 Milliarden DM belaufen würden. Das Gutachten, das von der Tabakindustrie in Auftrag gegeben worden war (115), war vom Institut der deutschen Wirtschaft ausgestellt worden, dessen Präsident sich mehrere Male gegen das Gesetz ausgesprochen hatte. Diese einseitigen Untersuchungen, anhand derer wirtschaftliches Chaos vorhergesagt wird, sind eine gängige Taktik der Tabakindustrie mit dem Ziel, Beschränkungen des Rauchens Widerstand entgegenzusetzen (116).

Ferner wurde eine Umfrage veröffentlicht, laut der mehr als Dreiviertel aller Deutschen kein neues Gesetz wollten und 42% aller Nichtraucher sowie 75% aller Raucher die bestehenden Rechtsvorschriften als ausreichend erachteten (117). In einer Pressemitteilung der Nichtraucher-Initiative Deutschland wurde berichtet, dass die Burke AG, welche die Umfrage durchgeführt hatte, enge Verbindungen zum Institut der deutschen Wirtschaft pflegt, dem Forschungsinstitut, welches das Gutachten herausgegeben hatte, in dem geltend gemacht wurde, dass der Entwurf der Wirtschaft schaden würde. Es wurde zudem festgehalten, dass diese Ergebnisse in offensichtlichem Gegensatz stehen zu allen anderen bezüglich dieser Thematik durchgeführten Umfragen (118). Am 5. Februar 1998 wurde die Verabschiedung des Gesetzentwurfes vom Deutschen Bundestag abgelehnt. Nachdem ein umfassendes Nichtraucherschutzgesetz in den zwei vorhergehenden Legislaturperioden gescheitert war, trat erst im Jahr 2002 mit der Novellierung der Arbeitsstättenverordnung eine schwache Rechtsvorschrift in Kraft, die dem Namen nach Nichtraucher am Arbeitsplatz schützen sollte.

Mit Stand vom Januar 2005 [diese Aussage hat zum Zeitpunkt der Übersetzung Ende 2006 noch Gültigkeit] hat die Bundesregierung noch kein dauerhaft verankertes Programm aufgelegt, um die Umsetzung der Verordnung zu fördern. Beschäftigte können ihren Arbeitgeber zwar verklagen, wenn sie der Verordnung nicht nachkommen. Jedoch ist es unter den vagen Bestimmungen zur Umsetzung der Verordnung zweifelhaft, ob ein solcher Prozess Erfolg hätte, während andererseits der Beschäftigte unter Umständen Vergeltungsmaßnahmen fürchten müsste. Die novellierte Verordnung stellt aus Sicht der Tabakindustrie einen Sieg dar, da sie es der Regierung erlaubt, für sich zu beanspruchen, dass das Thema Rauchen am Arbeitsplatz angegangen wurde, ohne jedoch wirksame Veränderungen des Status Quo erforderlich zu machen.

EINSCHRÄNKUNGEN

Diese Veröffentlichung stützt sich vorrangig auf vormals interne Tabakindustriedokumente, die aufgrund von Gerichtsverfahren in den USA öffentlich gemacht wurden. Grundsätzlich besteht die Möglichkeit, dass wichtige Informationen in den Dokumenten, die hierfür aufbereitet wurden, nicht enthalten sind. Darüber hinaus ist die Indexierung der Dokumente, namentlich der deutschsprachigen Schriftstücke, häufig von geringer Qualität. Daher besteht die Möglichkeit, dass relevante Dokumente bei unseren Recherchen übersehen wurden. Einige der Ereignisse, über die berichtet wurde, haben bereits vor Jahren stattgefunden, so dass einige Primärquellen nicht vorhanden waren und wir uns auf Sekundärquellen beziehen mussten. Nichtsdestotrotz hat die Erfahrung gezeigt, dass die Recherche interner Tabakindustriedokumente trotz dieser Einschränkungen ein treffendes Bild der Aktivitäten der Tabakindustrie wiedergibt.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Obgleich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage aus dem Jahr 1974 festgestellt hatte, dass es „unverantwortlich wäre, wenn so lange gewartet würde, bis

tatsächlich eine ‚Strecke‘ an Kranken, Erwerbsunfähigen und Toten vorgewiesen werden kann, die dem ‚Passivrauchen‘ zum Opfer gefallen sind“ (15), hat sie es bis heute versäumt, eine wirksame Gesetzgebung zum Schutz vor Tabakrauch im öffentlichen Raum zu erlassen. Eine der bemerkenswerten Schlussfolgerungen aus dieser über 30-jährigen Geschichte ist, dass der Einfluss der Tabakindustrie in Deutschland trotz der unterschiedlichen Regierungen beständig war bzw. sich vergrößerte. Während jede der großen politischen Parteien Deutschlands seit dem Jahr 1974 (dem Jahr der deutlichen Aussage seitens der Bundesregierung bzgl. Passivrauchen) Regierungspartei oder Teil der Regierung war, hat keine dieser Parteien im Hinblick auf die Bedeutung des Passivrauchen angemessen gehandelt.

Wie überall in der Welt (66), (67), (68), (69), (88), (119), (120), (121) hat die Tabakindustrie auch in Deutschland Gesetze zur Reinhaltung der Luft bekämpft, indem sie die anwachsende wissenschaftliche Beweislage über die Gefahren des Passivrauchens diskreditierte und verleugnete. Die Berichterstattung darüber, dass die gleichen Strategien auch andernorts angewendet wurden, dient dazu, darauf hinzuweisen, dass trotz der Unterschiede bezüglich kultureller und politischer Gegebenheiten den Strategien die Tabakhersteller rund um den Globus einiges gemeinsam ist. Dies ist eine wichtige Botschaft für auf dem Gebiet der öffentlichen Gesundheit beruflich Tätige, die die Strategien der Tabakindustrie zwischen verschiedenen Ländern häufig viel unterschiedlicher wahrnehmen, als sie tatsächlich sind. Ernst Brückner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Cigarettenindustrie bis zum Jahr 2004, würdigte den Erfolg des VdC in Bezug auf Passivrauchen bei einer Sitzung im Jahr 1991 folgendermaßen:

In praktisch allen entwickelten Ländern dieser Welt als auch bei allen zuständigen internationalen Organisationen gelte die Frage der gesundheitlichen Schädigungen durch Passivrauchen als entschieden. *Unter wissenschaftlichen Aspekten sei eine solche Schädigung zweifelsfrei anzunehmen. Die einzige wissenschaftliche Gemeinde, in der diese Frage noch offen gehalten werde, sei die Bundesrepublik.* Dies

sei nicht zuletzt das Verdienst von Professor Adlkofer und der Zusammenarbeit unserer Industrie mit der Wissenschaft (122). [Hervorhebung durch Verfasser]

Im Unterschied zu vielen anderen Ländern ist die Tabakindustrie in Deutschland indes noch heute im Wirtschaftsleben, für die Regierung und die Wissenschaft ein Partner geblieben, der als rechtmäßig wahrgenommen wird. Die Tabakindustrie hat diesen Erfolg klar erkannt, und es ist ihr gelungen, die wissenschaftlichen Nachweise für die faktisch vorhandene Gefahr des Passivrauchens fortlaufend zu verschleiern und zu verleugnen. Im Laufe der Jahre hat der Anschein der wissenschaftlichen Integrität es dem Verband ermöglicht, politische Bedeutung aufrechtzuerhalten sowie an den maßgeblichen wissenschaftlichen und gesundheitspolitischen Diskussionen beteiligt zu bleiben.

Das Protokoll einer Sitzung des wissenschaftspolitischen Ausschusses vom 8. Februar 2001 zieht Bilanz über die in den vergangenen 25 Jahren vom Verband der Cigarettenindustrie betriebene bzw. in Auftrag gegebene Forschung. Verbandsvertreter äußerten ihr Wohlgefallen über ihre Rolle in der Diskussion über Rauchen und Gesundheit und konstatierten, dass das Passivrauchen nicht mehr länger ein vordringliches Thema ist:

Das vorrangige Ziel, Glaubwürdigkeit und Kompetenz in der Diskussion Rauchen und Gesundheit zu erlangen, sei in erster Linie durch eigene Forschung erreicht worden. *Der inhaltliche Schwerpunkt der VdC-Forschung habe sich in den letzten 1-2 Jahren von der Risikobewertung des Passivrauchens zum Aktivrauchen verlagert.* ... Als Ergebnis der VdC-Forschungspolitik hielt Dr. Heller fest, dass die Cigarettenindustrie in Deutschland auf wissenschaftlicher und gesundheitspolitischer Ebene immer noch ein akzeptierter Gesprächspartner sei. Die Effizienz der eigenen Forschung zeige sich u.a. auch daran, dass man die wissenschaftliche Diskussion in zahlreichen Gebieten mitgestalten konnte und der im VdC erarbeitete Sachverstand beim Thema Rauchen und Gesundheit berücksichtigt werde (80) [Hervorhebung durch Verfasser]

Die Tabakindustrie hat einen abgestimmten, alles durchdringenden und wirksamen Aufwand betrieben, um Maßnahmen oder gesetzliche Vorschriften zu verhindern, die die

Exposition gegenüber Passivrauchen verringern oder beseitigen würden, und dadurch indirekt den Konsum von Zigaretten verringern würden. Im Jahr 2005 [diese Aussage hat zum Zeitpunkt der Übersetzung Ende 2006 Gültigkeit], mehr als 30 Jahre nach dem Beginn dieser Bemühungen seitens der Tabakindustrie, gibt es in Deutschland nur wenige Rechtsvorschriften bezüglich des Rauchens. Die Herausforderung für die Gesundheitsorganisationen in Deutschland besteht darin, die behagliche Allianz zwischen Tabakindustrie, der deutschen Regierung und dem wissenschaftlichen Etablisement zu brechen und die wissenschaftliche Bedeutung der Tabakindustrie in Deutschland zu de-legitimieren. In dieser Hinsicht bleibt Deutschland weit hinter vielen andern hoch entwickelten Industrienationen wie Irland, Norwegen, Australien, Neuseeland und den USA zurück.

KONKURRIERENDE INTERESSEN

keine

DANKSAGUNG

Unser Dank geht an Martina Pötschke-Langer, Friedrich Wiebel, Joaquin Barnoya und Suzaynn Schick für hilfreiche Kommentare. Die Recherchen, über die in diesem Bericht berichtet werden, wurden durch das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg sowie durch das US-amerikanischen National Cancer Institute (grants CA-87472 and CA-61021) unterstützt.

LITERATUR

1. Lickint F. Tabak und Tabakrauch als aetiologischer Factor des Carcinoms. Zeitschrift für Krebsforschung 1929(30):349-365.
2. Fichtenberg C, Glantz S. Effect of smoke-free workplaces on smoking behaviour: systematic review. BMJ 2002;325:188-194.
3. Grüning T, Gilmore A, McKee M. Tobacco industry influence on science and scientists in Germany. Am J Public Health 2006;96(1):20-32.
4. Neuman M, Bitton A, Glantz S. Tobacco industry strategies for influencing European Community tobacco advertising legislation. Lancet 2002;359:1323-1330.
5. Lehman K. Chemische und toxikologische Studien über Tabak, Tabakrauch und das Tabakrauchen. Archiv für Hygiene 1909;68:321-420.

6. Schick S, Glantz S. Scientific Analysis of Secondhand Smoke by the Tobacco Industry, 1929-1972. *Nicotine & Tobacco Research* 2005;7(4):591-612.
7. Jodl R, Köhnen R. Zigarettenfabrik Haus Neuerburg. Danger for nonsmokers by nicotine [letter to FG Colby, RJ Reynolds]. 25 November 1968. RJ Reynolds. Bates No. 501477569/7569. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/frk18c00>. (Accessed 4 Oct 2004).
8. Greim H. Informationen über Sitzungen und Verlautbarungen der MAK-Kommission am 10. Oktober 1969. Personal information via email and telephone on 3 November 2004.
9. Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Abgeordneten Müller (Remscheid), Dr. Blüm, Breidbach, Dr. Hammans, Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Vogt, Zink, Ziegler, von Bockelberg, Geisenhofer, Frau Pleser, Schmitz (Baesweiler) und Genossen - Drucksache 7/2921 - betr. Gesundheitsschädliche Auswirkungen des Zigarettenrauchens. Bundestagsdrucksache 7/3597. Bonn: 1975.
10. Author Unknown. Verband der Zigarettenindustrie [presentation]. Jul 1991. Philip Morris. Bates No. 2028383841/3847. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/sjc24e00>. (Accessed 23 Oct 2003).
11. Hirschhorn B. Shameful science: four decades of German tobacco industry's hidden research on smoking and health. *Tobacco Control* 2000;9:242-247.
12. Glantz S, Slade J, Bero LA, Hanauer P, Barnes DE. *The Cigarette Papers*. Berkeley: University of California Press; 1996.
13. Malone R, Balbach E. Tobacco industry documents: treasure trove or quagmire? *Tobacco Control* 2000;9:334-338.
14. Deutscher Bundestag. Kleine Anfrage der Abgeordneten Vogt, Dr. Blüm, Breidbach, Frau Stommel, Dr. Hupka, Nordlohne, Link und Genossen betr. Auswirkungen des Zigarettenrauchens. Bundestagsdrucksache 7/1442. Bonn: 1973.
15. Deutscher Bundestag. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Vogt, Dr. Blüm, Breidbach, Frau Stommel, Dr. Hupka, Nordlohne, Link und Genossen. Bundestagsdrucksache 7/2070. Bonn: 1974.
16. Deutscher Bundestag. Antrag des Ausschusses für Jugend, Familie, und Gesundheit (13. Ausschuss) zu dem von der Bundesregierung eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechts im Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Gesetz zur Gesamtreform des Lebensmittelrechts) - Drucksache 7/255. Drucksache 7/2243. Bonn: 1974.
17. German Bundestag. Harmful effects of cigarette smoking. Publication 7/3597, Translation from German. 1975. R.J. Reynolds. Bates No. 504851145/1181. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/rri55d00>. (Accessed 15 Oct 2003).
18. Bundesminister für Jugend Familie und Gesundheit. *Nichtraucherchutzprogramm*; Bonn, 1978.
19. Schmidt F. Rauchen und Gesundheit. *Med. Klin.* 1973.
20. Schmidt F. "Active" and "Passive" Smoking as serious bronchial noxae. 1972. Translation of this article from German: RJ Reynolds. Bates No. 504876891/6904. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/yr55d00>. (Accessed 3 Feb 2004).
21. Schmidt F. 10 Jahre Ärztlicher Arbeitskreis Rauchen und Gesundheit. *Fortschritte in der Medizin* 1980;98(18):714-717.

22. Körner M. [letter to H. König, E. Brückner, of the Verband]. 6 April 1991. Accessed from private archive.
23. Nordrhein-Westfälisches Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Nichtrauchererschutz in Diensträumen. VIA3-45.52.05-MBI.NW.1975. SMBI.NW.2128. Enacted January 31. Düsseldorf: 1975.
24. Author Unknown. Passive smoking presentation by the Verband der Cigarettenindustrie at the occasion of the NMA'S Workshop in Washington D.C. 20-22 September 1983. 20 Sep 1983. Philip Morris. Bates No. 2501021630/1639. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/rsv32e00>. (Accessed 6 Nov 2003).
25. Author Unknown. Program for the Protection of Non Smokers in the Federal Republic of Germany (unedited translation). 14 Sep 1977. RJ Reynolds. Bates No. 5000293415/3418. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jmd89d00>. (Accessed 3 Feb 2004).
26. Deutscher Bundestag. Fragen für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 15. März 1978 und Donnerstag, dem 16. März 1978. Drucksache 8/1612. Bonn: 1978. www.parlamentsspiegel.de
27. Deutscher Bundestag. Stenographischer Bericht der 81. Sitzung; 1978 16 March. <http://www.legacy.library.ucsf.edu/tid/xcf89d00>.
28. White J, Froeb H. Small-airways dysfunction in nonsmokers chronically exposed to tobacco smoke. *N. Engl. J. Med.* 1980;302:720-723.
29. Colby F. R.J. Reynolds. Public Smoking [letter to MH Crohn Jr, RJR]. 26 September 1980. Bates No. 500881888. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/mxf35a00>. (Accessed 30 Sept 2004).
30. U.S. Department of Health and Human Services Public Health Service. The health consequences of involuntary smoking: A report of the Surgeon General. Rockville, Maryland: US Department of Health and Human Services, Centers for Disease Control, 1986. (DHHS Publication No (CDC) 87-8398).
31. Interview conducted by Annette Bornhäuser with Dr. Rudolf Neidert on 23 February 2004 in Heidelberg.
32. Bundesminister für Jugend Familie Frauen und Gesundheit. Aktionsprogramm zur Förderung des Nichtrauchens vom 31. Mai 1990. Bonn: Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit; 1990.
33. Drope J, Bialous S, Glantz S. Tobacco industry efforts to present ventilation as an alternative to smoke-free environments in North America. *Tob Control* 2004;13 Suppl 1:i41-7.
34. Brückner E. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 23. August 1990. August 28 1990. Philip Morris. Bates No. 2028529820/9832. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/fgr56e00>. (Accessed 14 Oct 2003).
35. Aktionsprogramm der Bundesregierung zur Förderung des Nichtrauchens. (Draft version of 1st September 1988). Bonn, 1988.
36. Glantz S. Preventing tobacco use--the youth access trap. *Am J Public Health* 1996;86(2):156-8.
37. Landman A, Ling P, Glantz S. Tobacco industry youth smoking prevention programs: protecting the industry and hurting tobacco control. *Am J Public Health* 2002;92(6):917-30.

38. Schmidt F. Nichtraucherchutz: Arbeitskreis wirft Bonn Inaktivität vor. *Ärzte-Zeitung* 9 October 1989.
39. Verband der Cigarettenindustrie. German Cigarette Industry Association Structure and Progress Report. April 1992. Philip Morris. Bates No. 2028372531/2547. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ssc24e00>. (Accessed 6 Oct 2003).
40. Colby F. Memo for Record. Passive Smoking. 20 Jan 1975. RJ Reynolds. Bates No. 500538188/8189. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/rag35a00>. (Accessed 22 Aug 2004).
41. Author Unknown. PR-Actions Verband der Cigarettenindustrie Hamburg. 1976. RJ Reynolds. Bates No. 500257485/7488. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/xph89d00>. (Accessed 5 Sep 2004).
42. Verband der Cigarettenindustrie. Passivrauchen. Eine Dokumentation. 1975. Philip Morris. Bates No. 1005145607/5624. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/usc54e00>. (Accessed 6 Oct 2003).
43. Association of Cigarette Manufacturers. Passive Smoking Documentation. 1975. Philip Morris. Bates No. 1003293735/3749. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/pnw97e00>. (Accessed 28 Jan 2004).
44. Tobacco Institute. Smoking and the nonsmoker. 1973. Bates No. TIMN0103681/3692. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vim92f00>. (Accessed 12 Sept 2004).
45. Colby F. 4th World Conference on Smoking and Health, Stockholm. 18 Sep 1979. RJ Reynolds. Bates No. 503246762/6762. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ukf35a00>. (Accessed 22 Aug 2004).
46. Colby F. Smoking and Health Related Activities of the Verband [letter to P. van Every]. 1982. R.J. Reynolds. Bates No. 503245962. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vsn10d00>. (Accessed 22 Jan 2003).
47. Fields N, Chapman S. Chasing Ernst L Wynder: 40 years of Philip Morris' efforts to influence a leading scientist. *J Epidemiol Comm Health* 2003;57(8):571-578.
48. Klosterkötter W. [letter to H. Gaisch, Philip Morris]. 17 January 1974. Philip Morris. Bates No. 1000010525/0534. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jsr94e00>. (Accessed 02 Oct 2004).
49. Author Unknown. Visit to Wissenschaftliche Forschungsstelle Hamburg. 19 September 1963. Council for Tobacco Research. Bates No. 11328808/8810. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/faq59c00>. (Accessed 4 Oct 2004).
50. Frankfurter Allgemeine Zeitung: 'Schäden bei Passivrauchern nicht bewiesen'. 21 Nov 1975. Bates No. 1005145626 URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wsc54e00>. (Accessed 3 Oct 2003).
51. Isenring P. Germany - Smoking and Health - Smoker Dispatch 1975. Philip Morris. Bates No. 2024965246. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/oxp46e00>. (Accessed 5 Oct 2003).
52. St Aubyn A. Visit to Verband der Cigarettenindustrie, Hamburg, 30th and 31st January 1979. February 6 1979. Philip Morris. Bates No. 2501159601/9607A. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/dmt22e00>. (Accessed 6 Oct 2003).
53. Author Unknown. Philip Morris. ITI - internationaler Tabakwissenschaftlicher Informationsdienst. April 30 1976. Bates No. 1005145737. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/hfz38e00>. (Accessed 6 Oct 2003).

54. Intl. Tobacco Science Information Service. Philip Morris. The scientific controversy on passive smoking. August 28 1985. Bates No. 2026331806/1807. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cju85e00> (Accessed 5 Oct 2003).
55. Intl. Tobacco Science Information Service. Philip Morris. Passive smoking and the risk of lung cancer at the workplace. August 28 1986. Philip Morris. Bates No. 2025029637/9638. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/gqi04e00>. (Accessed 30 Aug 2004).
56. Intl. International Tobacco Science Information Service. R.J. Reynolds. Passive smoking and lung cancer. August 18 1987. Bates No. 506648057/8058. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jlv44d00>. (Accessed 28 August 2004).
57. Kennedy G, Bero L. Print media coverage of research on passive smoking. *Tobacco Control* 1999;8(3):254-260.
58. Muggli M, Hurt R, Becker L. Turning free speech into corporate speech: Philip Morris' efforts to influence U.S. and European journalists regarding the U.S. EPA report on secondhand smoke. *Prev Med* 2004;39(3):568-580.
59. Author Unknown. Smoking and Health Report August to November 1978. 1978. Philip Morris. Bates No. 2501159209/9225. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/xer39e00>. (Accessed 8 Oct 2003).
60. Verband der Cigarettenindustrie. Passivrauchen: Mehr als nur ein Schlagwort? 1987. Philip Morris. Bates No. 2501251384. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/eue71f00>. (Accessed 08 Oct 2003).
61. Author Unknown. ETS - Challenge for the Industry. February 20 1989. RJ Reynolds. Bates No. 506816535/6543. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/uys54d00>. (Accessed 9 Oct 2003).
62. Vorndran W. Address by the Secretary of State Dr. W. Vorndran of the Bavarian State Office for Labour and Social Order. 31 Mar 1977. Philip Morris. Bates No. 201008594/8599. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/iyf71f00>. (Accessed 13 Jan 2004).
63. Interview conducted by Annette Bornhauser with Ernst-Günther Krause on 11 February 2004 in Unterschleißheim.
64. Colby F. Possible German Legislation Curtailing Smoking at the Workplace, and Other Developments on Public Smoking [letter to S. Witt, RJ Reynolds]. 16 Feb 1982. RJ Reynolds. Bates No. 502665433/5433. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/cof35a00>. (Accessed 22 Aug 2004).
65. Colby F. Recent Developments on Public Smoking. 18 Feb 1982. RJ Reynolds. Bates No. 5016626667/6668. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/vsf35a00>. (Accessed 22 Aug 2004).
66. Barnoya J, Glantz S. Tobacco industry success in preventing regulation of secondhand smoke: the "Latin Project". *Tobacco Control* 2002;11(4):305-314.
67. Barnoya J, Glantz, S.A. The tobacco industry's worldwide ETS consultants project: European and Asian components. *Eur J of Public Health* 2006;16(1):69-77.
68. Muggli M, Hurt R, Blanke D. Science for hire: A tobacco industry strategy to influence public opinion on secondhand smoke. *Nicotine & Tobacco Research* 2003(5):303-314.
69. Muggli M, Hurt R, Repace J. The tobacco industry's political efforts to derail the EPA report on ETS. *Am. J. Prev. Med.* 2004;26(2):167-177.

70. Ong E, Glantz S. Tobacco industry efforts subverting International Agency for Research on Cancer's second-hand smoke study. *Lancet* 2000;355(9211):1253-1259.
71. Hirayama T. Non-smoking wives of heavy smokers have a higher risk of lung cancer: a study from Japan. *British Medical Journal* 1981;282:183-185.
72. Trichopoulos D, Kalandidi A, Sparros L, MacMahon B. Lung cancer and passive smoking. *International Journal of Cancer* 1981;27(1):1-4.
73. Garfinkel L. Cancer mortality in nonsmokers: prospective study by the American Cancer Society. *Journal of the National Cancer Institute* 1980;65(5):1169-1173.
74. Ong E, Glantz S. Hirayama's work has stood the test of time. *Bulletin of the World Health Organization* 2000;78(7):938-939.
75. Verband der Cigarettenindustrie. Was nicht im Stern stand. 08 May 1981. Bates No. 690136381/6383. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ukt20f00>. (Accessed 29 Apr 2005).
76. Lempke K. Rauchen - ein rücksichtsloser Zug. *Der Stern* 1981 30 April 1981.
77. Author Unknown. PR-Konzept zum Thema Passivrauchen. December 1987. Philip Morris. Bates No. 2028364667/4675. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ryg56e00>. (Accessed 6 Oct 2003).
78. Brückner E. Tagesordnung und Niederschrift der Jahreshauptversammlung des VdC am 12. Oktober. 1983. Philip Morris. Bates No. 1000115030/5061. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/bkr97e00>. (Accessed 4 Feb 2004).
79. Wall C. Memorandum from Philip Morris Counsel to Philip Morris Counsel regarding legal analysis of Philip Morris funded research and memorializing communication between Philip Morris employees and Philip Morris counsel regarding same. 1992. Bates No. 2022850392/0402. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/oam88d00>. (Accessed 3 Dec 2003).
80. Author Unknown. Protokoll der Sitzung des Wissenschaftspolitischen Ausschusses vom 8. Februar 2001, VdC in Bonn. Philip Morris. Bates No. 2505616767/6771. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wgf90c00>. (Accessed 15 Oct 2003).
81. Author Unknown. Forschungskonzept VdC. July 28 1992. Philip Morris. Bates No. 2028372597/2599. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ioi56e00>. (Accessed 7 Oct 2003).
82. Author Unknown. Zukünftige Forschungsstruktur. Philip Morris. Bates No. 2028529906/9912. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wgy14e00>. (Accessed 04 Feb 2004).
83. Author Unknown. Anforderungsprofil für den Wissenschaftlichen Leiter im VdC. 13 July 1994. Philip Morris. Bates No. 2028372476/2480. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wci56e00>. (Accessed 7 Oct 2003).
84. Weber K-H. Forschungsrat Rauchen und Gesundheit: Befürwortete Forschungsanträge aus der Sitzung am 14.02.1976. 11 March 1976. Philip Morris. Bates No. 1000123005/3057. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/oks64e00>. (Accessed 10 Oct 2003).
85. Author Unknown. Forschungsvorhaben des VdC. 20 Mar 1985. Philip Morris. Bates No. 2000511408/1436. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/nuw56e00>. (Accessed 4 Feb 2004).
86. Author Unknown. Forschungsvorhaben des VdC. June 1991. Philip Morris. Bates No. 2023052483/2591. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/fot71f00>. (Accessed 4 Feb 2004).

87. Muggli M, Forster J, Hurt R, Repace J. The smoke you don't see: Uncovering tobacco industry scientific strategies aimed against environmental tobacco smoke. *Am. J. Pub Health* 2001;91(9):1419-1423.
88. Assunta M, Fields N, Knight J, Chapman S. "Care and feeding": the Asian environmental tobacco smoke consultants programme. *Tobacco Control* 2004;13(Supp III):ii4-ii12.
89. Colby F. Research Proposal to the German Cigarette Industry (Verband) on an Epidemiological Study on "Passive Smoking" and Lung Cancer. 16 Jun 1982. RJ Reynolds. Bates No. 502668519/8520. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/rnf35a00>. (Accessed 5 Sep 2004).
90. Interview conducted by Annette Bornhäuser with Burkhardt Junge on February 28, 2004 in Berlin.
91. Andresen K, Schwagrzinna K. Ein Fall für den Staatsanwalt. Skandal um den obersten Medikamenten-Kontrolleur. *Stern* 1985 March 14:38-44.
92. Adlkofer F. [letter to members of the Verband's Ausschuss Tabakforschung]. August 9 1983. Philip Morris. Bates No. 1000036313/6315. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/owy64e00>. (Accessed 14 Oct 2003).
93. Schmähl D. Tätigkeit des Forschungsrates Rauchen und Gesundheit. *Münchener Medizinische Wochenschrift* 1980(Supplement 1):3.
94. Colby F. Paper by Prof. Dr. Schmähl on Cancers of the Respiratory System etc., Berlin, November 23, 1979 [letter to S. Witt, RJ Reynolds]. 14 Dec 1979. RJ Reynolds. Bates No. 500877284. <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/iyf35a00>. (Accessed 4 Oct 2004).
95. Schmidt F. Wir klagen an: Zigaretten, Parteispenden und Volksgesundheit: Offener Brief an alle Bundestagsabgeordneten. *Umwelt&Gesundheit* 1986/1987:3-10.
96. Author Unknown. 1992 funding (DM) [budget review]. June 1992. Philip Morris. Bates No. 2022850538/0542. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/xwe78e00>. (Accessed 4 Feb 2004).
97. Colby F. Potential inclusion of tobacco smoke in the official German tabulation of threshold limit values of allegedly health deleterious materials occurring at the workplace [letter to S. Witt, RJ Reynolds]. 21 Aug 1981. RJ Reynolds. Bates No. 503248674/8674. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jkf35a00>. (Accessed 22 Aug 2004).
98. Colby F. RJR continuing support for the research of Prof. Henschler [letter to Wilfried Dembach, RJR Germany]. 26 March 1980. R.J. Reynolds. Bates No. 500875205/5210. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/oic68d00>. (Accessed 7 Oct 2003).
99. Colby F. [letter to S. Witt, RJ Reynolds]. October 13 1981. RJ Reynolds. Bates No. 503247410/4711. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/qnm23a00>. (Accessed 2 Oct 2004).
100. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Passivrauchen am Arbeitsplatz. Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe. D. Henschler (Hrsg.). Weinheim:Wiley-VCH, 1985
101. Fink W. Minutes of the VdC Scientific Committee Meeting held in Hamburg on July 24. 2 Sep 1985. Philip Morris. Bates No. 2023539046/9050. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/nau78e00>. (Accessed 4 Feb 2004).

102. Brückner E. Passivrauchen und MAK-Kommission [letter to several representatives from member firms of the Verband], 12 Mar 1985. Philip Morris. Bates No. 2001227723/7724. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/jyy68e00>. (Accessed 21 Jan 2004).
103. Author Unknown. [Presentation]. Oct 1986. Philip Morris. Bates No. 2501457523/7536. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/wji22e00>. (Accessed 04 Feb 2004).
104. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Passivrauchen am Arbeitsplatz. Senatskommission zur Prüfung gesundheitsschädlicher Arbeitsstoffe. H. Greim (Hrsg.). Weinheim: Wiley-VCH: 1999.
105. Smith C. VdC Study [email letter to C. Green and D. Doolittle, RJR]. 4 Feb 1998. RJ Reynolds. Bates No. 528475301/5302. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/qmr15a00>. (Accessed 15 Oct 2004).
106. Philip Morris International. Tobacco Issues 1989. How today's smokers & non smokers in Europe feel about smoking issues. October 1989. Philip Morris. Bates No. 2500147468/7533. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/eym19e00>. (Accessed 14 Oct 2003).
107. British American Tobacco. Smoking and Health. German Smokers Attitudes Perceptions and Preferences. 25 May 1988. Bates No. 400170334/70344. URL: <http://www.library.ucsf.edu/tobacco/batco/html/1800/1869/otherpages/allpages.html>. (Accessed 24 Nov 2004).
108. Author Unknown. Focus Group Country Reports. Draft Report Germany. 1 Feb 1994. Philip Morris. Bates No. 2501361336/1341. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/how39e00>. (Accessed 6 Oct 2003).
109. Author Unknown. Forsa-Umfrage: 69% für ein Rauchverbot. Nichtraucher-Info Nr. 25 III/96 1996:7 (cited after Süddeutsche Zeitung of 3 June 1996).
110. Author Unknown. Zwei-Drittel-Mehrheit für gesetzlichen Nichtraucherschutz. Nichtraucher-Info 1997(Nr. 28 IV/97).
111. Wirz G. American Intolerance [letter to U. Wolff, Philip Morris Germany, and others]. April 9 1991. Philip Morris. Bates No. 2501456443/6444. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/ggr22e00>. (Accessed 13 Oct 2003).
112. Deutscher Bundestag. Gesetzentwurf der Abgeordneten Roland Sauer (Stuttgart), Uta Titze-Stecher, Ingrid Walz etc. Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung des Nichtraucherschutzes (Nichtraucherschutzgesetz - NRSZG); 1994 14 March. Report No.: Drucksache 12/7082.
113. Dearlove J, Bialous S, Glantz S. Tobacco industry manipulation of the hospitality industry to maintain smoking in public places. *Tobacco Control* 2002;11(2):94-104.
114. Forsa. Repräsentativumfrage im Auftrag des Fernsehsenders RTL (cited after Nichtraucher-Info;14 - II/94:2).
115. Krause E-G. IW-Gutachten zu den Kosten eines Nichtraucherschutz-Gesetzes niveaulos. Oder: Mit welchen Methoden die Zigarettenindustrie gegen das Nichtraucherschutz-Gesetz polemisiert. *Nichtraucher-Info* 1998:12-13.
116. Glantz S, Balbach E. Tobacco War. Inside the California battles. Berkeley: University of California Press; 2000.
117. Staatlich verordneter Nichtraucherschutz unerwünscht. Lycos Nachrichten online 1998 January 29, 1998.

118. Nichtraucher-Initiative Deutschland. Pressemitteilung: Manipulierte Umfrageergebnisse zum Nichtraucherschutz-Gesetz [press release]. Munich: Nichtraucher-Initiative Deutschland; 1998 January 29.
119. Sebríe E, Barnoya J, Pérez-Stable E, Glantz S. Tobacco Industry Successfully Prevented Tobacco Control Legislation in Argentina. *Tob Control* 2005;14(5):e2.
120. Lee C, Glantz S. The Tobacco Industry's Successful Efforts to Control Tobacco Policy Making in Switzerland. January 2001. <http://www.legacy.ucsf.edu/tobacco/swiss>.
121. Tong E, Glantz S. ARTIST (Asian regional tobacco industry scientist team): Philip Morris' attempt to exert a scientific and regulatory agenda on Asia. *Tobacco Control* 2004;13(Supp II):ii118-ii124.
122. Brückner E. Niederschrift über die Vorstandssitzung vom 8. Februar 1991. 8 Feb 1991. Philip Morris. Bates No. 2028529727/9740. URL: <http://legacy.library.ucsf.edu/tid/tgr56e00>. (Accessed 7 Oct 2003).
123. Commission of the European Communities. Passive smoking or the pollution of non-smokers by smokers. Brussels, Autumn 1993. Supplement to Eurobarometer Nr. 38. http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/ebs_072_en.pdf (Accessed 6 Feb 2006).
124. Infratest Wirtschaftsforschung. Infratest Umfrage im Auftrag der Tabak-Info-Verlagsgesellschaft; 1993.
125. Forsa. Repräsentativumfrage im Auftrag des Fernsehsehenden RTL (cited in *Nichtraucher-Info*; 14-II/94:2).